

Protokoll der 21. Sitzung

vom 24. November 2008, 08.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Jeanette Storrer

Protokoll Erna Frattini und Norbert Hauser

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)

Alfred Bächtold, Elisabeth Bühner, Hans-Jürg Fehr, Richard Mink, Peter Scheck, Andreas Schnider, Sabine Spross, Gottfried Werner.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)

Josef Würms.

Traktandum:

Seite

1. Staatsvoranschlag 2009

911

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 10. November 2008:

1. Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission betreffend Staatsvoranschlag 2009 vom 10. November 2008.
2. Antwort des Regierungsrates vom 11. November 2008 auf die Kleine Anfrage Nr. 25/2008 von Werner Bolli vom 24. Oktober 2008 betreffend die sozio-ökonomische Studie des Kantons Schaffhausen.
3. Kleine Anfrage Nr. 26/2008 von Christian Heydecker vom 14. November 2008 betreffend heimliche Steuererhöhung für Unternehmer.
4. Antwort des Regierungsrates vom 18. November 2008 auf die Kleine Anfrage Nr. 21/2008 von Andreas Gnädinger vom 29. August 2008 betreffend Feuern im Freien.
5. Kleine Anfrage Nr. 27/2008 von Richard Altorfer vom 17. November 2008 betreffend Abwertung der Hausarztmedizin / Revision der Analysenliste.

*

Mitteilungen der Ratspräsidentin:

Die Gesundheitskommission teilt mit, dass sie den zweiten ergänzenden Bericht und Antrag des Regierungsrates zur Sanierung des Pflgetraktes Geriatrie (Pflegezentrum) des Kantonsspitals vorberaten hat.

Mit Brief vom 6. November 2008 gibt Stephan Brügel, Bibern, seinen Rücktritt als Mitglied des Erziehungsrates auf den 31. Dezember 2008 bekannt. Stephan Brügel schreibt, dass er während der vergangenen zwei Amtsperioden mit Freude und grossem Interesse im Gremium mitgewirkt hat. Die Arbeit war (und ist) für ihn spannend und faszinierend. Sie hat ihn Neues entdecken lassen und war eine grosse Bereicherung. Ich danke Stephan Brügel im Namen des Kantonsrates für seinen grossen Einsatz und wünsche ihm alles Gute.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 19. Sitzung vom 10. November 2008, Vormittag, wird ohne Änderungen genehmigt und den Protokollführenden Erna Frattini und Norbert Hauser verdankt.

*

Zur Traktandenliste

Alfred Sieber (SVP): Ich nehme Bezug auf die unter den übrigen beim Kantonsrat liegenden Geschäften traktandierte Petition Nr. 2/2008 der Gemeinderäte Buchberg und Rüdlingen, der Schulbehörden Buchberg und Rüdlingen und des Zweckverbandes Orientierungsschule Rüdlingen-Buchberg vom 24. Oktober 2008. Im Auftrag dieser Gremien ziehe ich die Petition zurück. Die Ermächtigung der Gemeinderäte Buchberg und Rüdlingen liegt vor. Wir werden uns nun mit anderen Mitteln gegen das Bildungs- und Schulgesetz wehren müssen.

Weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste liegen nicht vor.

*

1. Staatsvoranschlag 2009

Grundlagen: Vorlage des Regierungsrates vom 9. September 2008
Bericht und Antrag der GPK betreffend Staatsvoranschlag 2009 (Amtdruckschrift 08-117)

Eintretensdebatte

Alfred Sieber (SVP): Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Die Informationen an den Kantonsrat, welche der GPK wichtig sind, hat diese bereits in ihrem Bericht an den Kantonsrat zum Voranschlag 2009 formuliert. Ich werde mich deshalb bei meinen Ausführungen zum Eintreten relativ kurz fassen.

Der Voranschlag 2009 darf als gut bezeichnet werden. Das von der Regierung vorgelegte Budget der Laufenden Rechnung wies einen Überschuss von Fr. 2'939'700.– aus. Wie Sie dem Anhang des Berichtes der GPK entnehmen können, hat sich dieser Betrag zwischenzeitlich aufgrund neuer Erkenntnisse und durch zwischenzeitlich vom Kantonsrat verabschiedete neue gesetzliche Regelungen auf Fr. 2'494'700.– verschlechtert. Die Änderungen sind aus dem Anhang zum Bericht der GPK an den Kantonsrat ersichtlich. In diesem Resultat ist, im Gegensatz zum Vorjahrjahresbudget, eine Auflösung von stillen Reserven in der Höhe von 5 Millionen Franken enthalten. Die Kosten des Energieförderprogramms, welche im Vorjahr noch mit einem Nettoaufwand von Fr. 700'000.– im Voranschlag der Laufenden Rechnung enthalten waren, sind neu im Voranschlag für das Jahr 2009 mit einem Nettoaufwand von 1,9 Millionen Franken in der Investitionsrechnung enthalten.

Diese weist Bruttoinvestitionen von 32 Millionen Franken aus (Vorjahr: 36,4 Millionen Franken). Diese Investitionen entsprechen in ihrer Höhe ungefähr dem, was die Regierung mittelfristig geplant hat und was der Kanton auch längerfristig verkraften kann.

Der positive Voranschlag ist das Resultat der in den letzten Jahren eingeleiteten Massnahmen zur Verbesserung des Staatshaushalts. Gute Zahlen verleiten jedoch dazu, mit den vorhandenen Mitteln wieder etwas grosszügiger umzugehen. Die Zunahme des Sachaufwands in der Höhe von 5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget zeigt in diese Richtung. Mit Blick auf die Zukunft tun wir gut daran, unsere Sparbemühungen zumindest beizubehalten oder sogar wieder zu verstärken.

Die Erhöhung der Lohnsumme um 3,5 Prozent darf im Vergleich mit der Wirtschaft als gut bezeichnet werden und sollte zu keinen weiter gehenden Forderungen seitens der Arbeitnehmervertreter führen. Der um 1 Prozent reduzierte Teuerungsausgleich auf den Renten ist, wenn man das derzeitige Umfeld im Pensionskassenbereich berücksichtigt, gerechtfertigt. Allfällige Anträge auf Beibehaltung des Teuerungsausgleichs von 2 Prozent bitte ich abzulehnen.

Die GPK beantragt Ihnen mit 6 : 0 und einer Enthaltung, auf den Voranschlag samt Nachträgen einzutreten und den Anträgen der Regierung, wie sie auf Seite A 28 formuliert sind, zuzustimmen.

Im Auftrag der SVP-Fraktion nehme ich zum Voranschlag 2009 wie folgt Stellung: Die SVP-Fraktion hat mit Befriedigung vom Voranschlag Kenntnis genommen. Sie sieht sich in ihrer Politik der sparsamen Nutzung der vorhandenen Mittel einerseits und deren sinnvollen Einsatzes andererseits, beispielsweise in der Steuerpolitik zur Gewinnung von zusätzlichem neuem Steuersubstrat, bestätigt. Sorgen macht sie sich wegen der Zunahme des Sachaufwands, welcher wesentlich über der Teuerung liegt. Hier ist die zukünftige Entwicklung im Auge zu behalten und allenfalls die Notbremse zu ziehen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Aufteilung der Lohnerhöhung befriedigt die SVP-Fraktion nicht. Sie hätte 1,5 Prozent für generelle Lohnerhöhungen und 2 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen bevorzugt. Die SVP wird die Bestrebungen der Regierung zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kantons und zur Ansiedlung nicht nur neuer Firmen, sondern auch neuer Einwohner unterstützen.

Die SVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten, in der Detailberatung aber noch verschiedene Fragen stellen und bei unbefriedigenden Antworten auch Änderungsanträge einbringen. Insbesondere wird bemängelt, dass der Voranschlag Wärmeverbund Herrenacker gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen aufweist und dass jeglicher Kommentar zur weiteren Entwicklung fehlt.

Christian Heydecker (FDP): Einmal mehr liegt ein positives Budget vor uns. Trotz der von uns beschlossenen Steuergesetzrevision, die mit Ausfällen von mehr als 10 Millionen Franken verbunden ist, weist es einen Überschuss aus. Dieser ist mit 2,5 Millionen Franken zwar nicht allzu üppig, aber immerhin ... Dazu kommt, dass dieser Überschuss nur zustande kam, weil wir die stillen Reserven bei den Steuerguthaben um 5 Millionen Franken aufgelöst haben. Das heisst, ohne diese Auflösung stiller Reserven hätte eine rote Null resultiert.

Mit Befriedigung dürfen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Kanton Schaffhausen ein sehr guter und attraktiver Arbeitgeber bleibt. Die Lohnsumme wird im Budget 2009 einmal mehr überdurchschnittlich erhöht, und zwar um 3,5 Prozent. Dieser grosszügige Lohnsummenbeschluss steht damit in einer Reihe mit den Beschlüssen der vergangenen Jahre. Es wäre daher an der Zeit, wenn dieser Umstand auch einmal in der Öffentlichkeit – sprich: in den Medien – entsprechend gewürdigt würde.

Die Investitionen des Kantons bewegen sich im ordentlichen Rahmen; der Präsident der GPK hat dies bereits aufgezeigt. Hinzu kommen aber weitere Projekte, für die der Regierungsrat im laufenden Jahr 2009 noch separate Vorlagen präsentieren wird. Das heisst, auch auf der Investitionsseite dürfen wir sicher von einem befriedigenden Budget sprechen.

Mit dem Budget 2009 sind wir immer noch auf dem eingeschlagenen Kurs. Mit einem Eigenfinanzierungsvortrag von mehr als 75 Millionen Franken sind wir auch für ein wenig schwierigere Zeiten sicher bestens gewappnet.

Die FDP-CVP-Fraktion wird daher dem Budget in unveränderter Form zustimmen.

Martina Munz (SP): Das Budget 2009 wirft keine grossen Wellen. Die Zahlen sind schwarz. Damit sind die meisten ja schon zufrieden.

Der Überschuss von 2,5 Millionen Franken ist klein. Wie Christian Heydecker bereits erwähnt hat, wäre ohne die Auflösung der Steuerrestanzen kein Überschuss erzielt worden. Die Auflösung von Steuerrestanzen ist ein finanztechnischer Kniff, den man sich besser für finanziell schwierigere Zeiten vorbehalten hätte. Jetzt werden die Steuerrestanzen gebraucht, um das Budget nach den hohen Steuererleichterungen zu schönen.

Das Budget würde auch dann noch einen Überschuss verzeichnen, wenn dem Personal die Teuerung voll ausgeglichen würde und die Rentner einen angemessenen Teuerungsausgleich auf ihre Renten erhalten würden. Die Kritik der SP-AL-Fraktion am Budget 2009 konzentriert sich vor allem auf folgende zwei Punkte: Zu grosse Zurückhaltung bei den Lohnanpassungen und magerer Teuerungsausgleich bei den Renten.

Bei den Löhnen ist ein vollständiger Teuerungsausgleich unabdingbar. Die Kaufkraft muss erhalten bleiben und die Strukturen der Lohnbänder sollen ihre Gültigkeit behalten. Die Teuerung beträgt 2,9 Prozent. Die Regierung will aber lediglich 2,5 Prozent ausgleichen. Aufgrund der Medienmitteilung der SVP muss ich davon ausgehen, dass in dieser Fraktion niemand merkt, dass die Teuerung nicht vollständig ausgeglichen wird. Die SP-AL-Fraktion wird entsprechende Anträge stellen. Es geht nicht an, dass der Staat teuerungsbedingte Mehreinnahmen generiert, diese dem Personal aber vorenthält.

Ein weiterer Negativpunkt im Budget ist der einmalig gewährte Teuerungsausgleich auf den Renten von nur 1 Prozent. Das ist weniger als letztes Jahr. Obwohl die Teuerung weiter angestiegen ist, sollen die Rentnerinnen und Rentner also mit weniger Rente auskommen als im vergangenen Jahr. Und dies nach einem Jahr mit hoher Teuerung und bei einer ausgezeichneten Finanzlage des Kantons.

Trotz allem wird das Budget 2009 kaum umstritten sein. Aber es ziehen düstere Wolken am Wirtschaftshimmel auf und wir müssen uns entsprechend wappnen. Die beruhigenden Worte des Finanzdirektors auf entsprechende Fragen in der GPK vermochten mich eigentlich nicht zu beruhigen.

Wenn die Wirtschaft einbricht, werden Arbeitsplätze abgebaut. Das wird der Kanton zu spüren bekommen. In einer Krise steigen die Erwartungen an den Staat. Dieser ist gefordert. Die fetten Gewinne der goldenen Jahre sind privatisiert, und dank der Unterstützung durch die Steuergeschenke sind sie jetzt im Trockenen.

Mit Sicherheit werden die Steuern der natürlichen Personen nicht mehr so reichlich fließen. Zudem muss der Staat in der Krise helfen, denn die Schwächeren in unserer Gesellschaft brauchen vermehrt Unterstützung. Wir täten somit gut daran, frühzeitig Konjunkturförderprogramme vorzubereiten, um uns für die schlechteren Zeiten zu wappnen. Sprüche wie „damit wird die Krise nur herbeigeredet“ wirken auf mich zynisch, kommen sie doch aus dem Lager der grössten Profiteure der Misswirtschaft. Ich gestatte mir nach acht Jahren Mitgliedschaft in der GPK abschliessend noch eine kritische Bemerkung. Vor acht Jahren ging es den Kantonsfinanzen nicht gut. Rote Zahlen und – damit verbunden – harte Auseinandersetzungen prägten die Budgetdiskussionen. Wir setzten uns über Parteigrenzen hinweg intensiv mit jeder Budgetposition auseinander.

Heute sieht die Situation anders aus. Bei einem ausgeglichenen Budget werden in der GPK die einzelnen Budgetposten nur noch von wenigen GPK-Mitgliedern neugierig angegangen oder gar kritisch beurteilt. Diese Kommission ist ein wenig zahnlos und selbstgefällig geworden. Immerhin konnten wir als höchstes der Gefühle in dieser Budgetdiskussion we-

nigstens ein gemeinsames Zeichen setzen: Bei der Position Gefängnis haben wir die halbe Million Franken aus der Investitionsrechnung gestrichen und verlangen nun vom zuständigen Regierungsrat Erhard Meister endlich eine Vorlage.

Gewöhnlich folgen auf sieben fette Jahre sieben magere. Nur schon deshalb ersuche ich die Fraktionen, bei der Bestellung der GPK für die nächste Amtsperiode ihre Verantwortung wahrzunehmen und Personen mit finanzpolitischem Fachwissen, Engagement und Weitblick in die GPK zu delegieren.

Die SP-AL-Fraktion wird auf das Budget eintreten.

Bernhard Egli (ÖBS): Die ÖBS-EVP-Fraktion ist befriedigt vom Budget 2009. Der Ertragsüberschuss nach der Behandlung in der GPK von knapp 2,5 Millionen Franken ist erfreulich. Darin eingerechnet ist bereits die Steuergesetzrevision, welche noch durch die Volksabstimmung kommen muss. Ob die SVP oder andere Gruppierungen mit wehenden Fahnen dagegen antreten, sehen wir dann im Februar.

Das Entscheidende für uns ist die Entwicklung der Nettolast in den letzten Jahren, welche zwischen 2000 und 2004 immerhin rund 130 Millionen Franken betragen hatte. Seit 2005 konnte sie vollständig abgebaut werden. Es resultiert für 2009 ein Eigenfinanzierungsvortrag von 77 Millionen Franken. Das ist unser Speckgürtel, von dem wir in den kommenden schwierigen Wirtschaftsjahren zehren müssen.

Die Regierung hat ihre Aufgabe, den Staatshaushalt gesund zu machen, erfüllt. In der Konsequenz wird der Finanzausgleich des Bundes nächstes Jahr deutlich geringer ausfallen. Wenn man zudem die Werte der einzelnen Kantone sieht, wo beispielsweise der Kanton Bern mehr als 800 Millionen Franken pro Jahr aus dem Finanzausgleich erhält, bekommt man schon ein etwas mulmiges Gefühl: Schlechtes Haushalten scheint belohnt zu werden.

Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von 28 Millionen Franken vor, gleich viel wie für 2008. Soll aufgrund der drohenden Wirtschaftskrise ein kantonales Konjunkturprogramm gestartet werden? Wohl eher nicht, wir werden wahrscheinlich von notwendigen Aufgaben und Ausgaben eingeholt, wie zum Beispiel von Verkehrsprojekten oder von den zunehmenden Bildungsausgaben aufgrund des neuen Bildungs- und Schulgesetzes.

Die ÖBS-EVP-Fraktion unterstützt den Budgetantrag des Regierungsrates zur Lohnentwicklung von insgesamt 3,5 Prozent für Teuerung und individuelle Lohnentwicklung. Der Betrag von lediglich 1 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen passt uns aber nicht; dafür sollte bedeutend mehr zur Verfügung stehen. Aber es ist Sache der Verhandlungspartner Regierungsrat und Personalkommission, dieses Verhältnis zu bestim-

men. Wir möchten an die beiden Parteien appellieren, in Zukunft der individuellen Lohnerhöhung deutlich mehr Gewicht zu geben.

Auch die Gewährung eines einmaligen Teuerungsausgleichs von 1 Prozent auf die Renten unterstützen wir. Einen höheren Betrag von zum Beispiel 2 Prozent finden wir ungerechtfertigt, dies in Anbetracht dessen, dass die kantonale Pensionskasse bereits wieder eine Unterdeckung ausweist und die Arbeitenden für die nächsten Jahre wohl vermehrt zur Kasse gebeten werden müssen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion tritt auf das Budget 2009 ein.

Die GPK hat dem Staatsvoranschlag mit 6 : 0 und einer Enthaltung zugestimmt; ich habe mich enthalten. Hier meine Begründung: Regelmässig bei Rechnungsabnahmen und Budgetdebatten werden die rasant steigenden Informatikkosten reklamiert, aber ändern tut sich nichts. Im Gegenteil: Die Aufwendungen nehmen noch mehr zu.

Nicht nur die Wachstumsraten waren positiv, sondern auch die Regierung hat positive Entscheide gefällt. Für Informatikprojekte gibt es ein zentrales Informatikportfolio über die Informatikstrategiestelle, welche bündelt, koordiniert und priorisiert. Ein zweiter Punkt ist, dass die Hardware im Besitz der KSD ist und von den Abteilungen geleast wird. Entsprechende Investitionen fallen seither bei der KSD an. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb nehmen die Informatik-Betriebskosten zum Teil rasant zu

Ein Beispiel: Die E-Mail-Adressen der Kantonsschullehrer und -schüler wurden bisher über einen privaten Server betreut, für knapp Fr. 1'000.– pro Jahr. Neuerdings läuft dies, nach einem Übergangshalbjahr bei MTF für Fr. 50'000.–, ab nächstem Jahr über die KSD, und zwar für rund Fr. 45'000.– (nur für die Lehrer). Verglichen mit den bisherigen Kosten von Fr. 1'000.– ist das Ganze also rund 10'000 Prozent teurer. Die Informatikbetriebskosten der Kantonsschule nehmen übrigens von Fr. 82'000.– im Jahr 2007 auf Fr. 250'000.– im Jahr 2009 zu, also um 300 Prozent.

Man kann das einfach schulterzuckend hinnehmen und beschliessen, dass man in der GPK und im Parlament nur noch kleine Beträge hinterfragt. Mir scheint fast, dass es eine Zweiteilung der Verwaltung gibt: Die einen müssen sparen auf Teufel komm raus und die andern, die im EDV-Bereich, können klotzen. Und die Sparerer müssen noch mehr sparen, um das Klotzen zu finanzieren.

Man kann Vergleiche anstellen zwischen Abteilungen ähnlicher Städte: Die eine Stadt lässt die Informatik einer Abteilung von einer externen Informatikfirma nach Aufwand betreuen, was letztes Jahr 70 h à Fr. 160.– = rund Fr. 12'000.– ergab. Eine andere, gleich grosse Stadt hat dieselben Dienste intern mit 300 Stellenprozenten abgedeckt. Wenn man das Thema mit Informatikspezialisten durchleuchtet, erkennt man, dass riesige finanzielle Unterschiede bestehen.

Zusammen mit der Informatik-Strategiestelle wird entschieden, was gemacht wird. Aber wer sagt, wie und wie teuer es sein soll oder darf? Es scheint mir, der Preis spiele keine Rolle. Mit dem Systemwechsel zum Leasen der Endgeräte ist ein Kontrollmechanismus zum Sparen weggefallen: Die KSD verrechnet einfach alles weiter, auch die vier neuen Stellen, die mit dem Budget 2009 geschaffen werden sollen. In den Verwaltungsabteilungen fallen dann diktierte, nicht nachvollziehbare Betriebskosten an.

Ein anderes Problem bildet sich dann, wenn die KSD für Informatikprojekte neben privaten Anbietern offeriert und wenn man dann mitten im Verfahren abbricht und auf die Offertöffnung verzichtet und der Auftrag intern vom Kanton an die KSD vergeben wird. Da bleibt mir als GPK-Mitglied die Spucke weg!

Das hier präsentierte Anliegen habe ich auch in der GPK eingebracht, ich bin aber auf keine Resonanz gestossen. Ich hätte mir gewünscht, dass der Regierungsrat die rasant zunehmenden Informatikkosten nicht einfach als gottgegeben hinnimmt, sondern bereit wäre, zusammen mit der KSD-Betriebskommission, sich der Problematik anzunehmen. Ich kann das, was hier in Sachen Informatik läuft, nicht mittragen und werde deshalb dem Budget nicht zustimmen.

In der Detailberatung werde ich dann bei der KSD beantragen, den Budgetbetrag für 4 neue Stellen zu streichen und diese mit einer Vorlage in den Kantonsrat zu bringen. Dann können wir in einer Spezialkommission über diese Thematik diskutieren.

Nelly Dalpiaz (SAS): Dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission entnehme ich, dass der Staatsvoranschlag 2009 einen Ertragsüberschuss von 2,5 Millionen Franken ausweist.

Das vorausgesehene gute Resultat animiert zum Beispiel zu Forderungen nach höheren Löhnen oder zumindest nach einem empfindlichen Teuerungsausgleich. Wird in Betracht gezogen, dass eine weltweite Rezession prognostiziert wird, so sind solche Forderungen zwar verständlich, aber nicht angebracht. Die fixen Personalaufwendungen werden künftige Budgets in unsicherer Wirtschaftslage höher belasten. Niemand hier wird annehmen, dass dannzumal eine Lohnreduktion erreicht werden kann.

Trotz dieser unerfreulichen Entwicklung sehe ich ein, dass es unmöglich ist, den kantonalen Angestellten die Teuerung von 2,5 Prozent sowie die Lohnerhöhung von 1 Prozent zu verweigern. Mag kommen, was will! Bis der Teuerungsausgleich wirksam wird, dürfte sich die Wirtschaftslage bereits wieder verändert haben. Aber was man hat, das hat man!

Ob und wie weit sich der Regierungsrat und die GPK mit den Prognosen auseinandergesetzt haben, ist unwichtig. Teuerungsausgleich und Lohn-

erhöhungen sollen stattfinden. Störend ist für mich einzig das Giesskannenprinzip.

Störend in diesem Budget sind weitere Positionen mit zum Teil massiven höheren Ausgaben. Weshalb soll nicht Mass gehalten und sollen nicht Schulden abgebaut werden? Ist etwa vorgeplant, mit antizyklischem Verhalten eine allfällige Rezession aufzufangen mit gleicher Schuldenlast? Dieses Budget strotzt vor Optimismus und lässt vermissen, dass auf die überraschenden Veränderungen der Weltwirtschaft mit Auswirkungen auch auf unseren Kanton schnell eingetreten werden muss.

Die Reduktion des Teuerungsausgleichs der Pensionskassen von 2 auf 1 Prozent hat mich sehr bewegt. Die Teuerung hat auch den Pensionierten zugesetzt. Auch wenn sie keine Beiträge an die sozialen Institutionen mehr leisten, so sind sie doch ein erheblicher Wirtschaftszweig im Staat. Die Unterdeckung der Kassen ist ihr Risiko. Noch lange nicht alle Pensionierten sind Millionäre, sehr viele begnügen sich mit bescheidenen Einkommen. Arm sein muss in der Schweiz niemand mehr, doch dauernder Verzicht kann auch schmerzlich sein. Diesen Rentnern würden wenige Franken viel bedeuten.

Ich bin für Eintreten.

Andreas Gnädinger (JSVP): Ich spreche zu den Seiten A 12 und A 13, die nicht separat behandelt werden. Ich spreche zur Entwicklung des Angestelltenbestandes des Kantons und erlaube mir einige Frage zu stellen. Auf Seite A 12 ist ersichtlich, dass im Jahre 2009 gegenüber dem Vorjahr 0,8 Stellen abgebaut werden sollen. Seite A 13 ist zu entnehmen, dass insgesamt 13,3 Stellen geschaffen werden. Zugegebenermassen handelt es sich bei 6 Stellen um nur befristete Stellen, teilweise jedoch befristet bis 2012. Netto werden also 12,5 Stellen geschaffen. Sollte diese Zunahme den Trend seit den letzten 10 Jahren im Kanton Schaffhausen bestätigen, hielte ich diese Entwicklung für bemerkenswert oder besser für alarmierend.

Man kann natürlich durchaus der Meinung sein, 12,5 neue Stellen seien nicht die Welt. Zudem brauche es die neu geschaffenen Stellen ja. Ich bin mir sicher, dass jeder zuständige Regierungsrat spontan erklären könnte, weshalb es die neuen Mitarbeiter braucht, oder gar, weshalb es ohne die neuen Mitarbeiter in Zukunft keinesfalls geht.

„Das kostet ja nicht die Welt“. Das ist richtig. Der hier neu eingeplante Stellenbedarf wird aber landläufig unterschätzt. Man rechne sehr zurückhaltend im Durchschnitt mit Fr. 120'000.– pro Stelle, jährlich wiederkehrend, damit die Vollkosten gedeckt sind. Darin enthalten sind: 1. Der Lohn. 2. Die Sozialabgaben. 3. Der Arbeitsplatz, bestehend aus Anschaffungen IT, Möbel, Miete. 4. „fringe benefits“ wie Reka Checks und so weiter. Eigentlich wären zusätzlich noch die Reallohnerhöhungen zu

berücksichtigen. Diese Kosten könnten in Zukunft ja auch anfallen. Das ergibt für die 12,5 Stellen allein aufgrund des Ausbaus zusätzliche Personalkosten von Fr. 1,5 Millionen Franken jährlich, und zwar wiederkehrend. Das bedeutet knapp 1 Steuerprozent, meine Damen und Herren.

Ich kann mich ganz schwach an die Steuergesetzrevision erinnern. Damals stritt man sich zum Teil lange und zäh um weit geringere Beträge, nicht ohne mahnend immer wieder den Finger zu heben und den Untergang infolge Überbelastung des Kantons zu prognostizieren. Die neu geschaffenen 12,5 Stellen winkt man aber hier einfach durch. Und das ist natürlich nur ein Teil der Wahrheit: Sollte man diesen Ausbau nächstes Jahr wieder vollziehen, würde man die 1,5 Millionen Franken plus weitere 1,5 Millionen Franken – also insgesamt 3 Millionen Franken – einfach so durchwinken.

Ich möchte wissen, wie sich der Personalbestand in den letzten 10 Jahren entwickelt hat, wie viele Stellen neu geschaffen wurden und was das in Frankenbeträgen ausmacht. Fakt ist: Nur diese paar neuen Stellen kosten nicht die Welt, dafür aber alljährlich kumuliert einige Steuerprozent!

„Die Stellen braucht es aber nachweislich.“ Auch das mag sein. Es ist sicherlich auch gut für den Kanton, eine gute Dienstleistung anbieten zu können; eine gute Dienstleistung anbieten zu können wie im letzten Jahr. Eine gute Dienstleistung anbieten zu können wie im letzten Jahr mit mehr Angestellten? Eine gute Dienstleistung anbieten zu können wie im letzten Jahr mit mehr Angestellten und erheblichem Mehraufwand für IT-Projekte, die doch gerade eine Rationalisierung bringen sollten? Irgendwie scheint hier etwas nicht mehr aufzugehen.

Es ist klar: Jede neue Stelle kann man legitimieren und begründen. Ich bin aber dezidiert der Meinung, dass dem Wachstum beim Angestelltenbestand Einhalt geboten werden muss. Eigentlich müsste sogar ein markanter Abbau in gewissen Bereichen möglich sein. Besonders in denjenigen Bereichen sollte ein Abbau möglich sein, in welchen dem Steuerzahler mit dem Argument der Rationalisierung millionenteure IT-Projekte angepriesen werden. Von diesem Stellenabbau hört man aber wenig bis nichts. Es kann nicht die Aufgabe des Kantonsrates sein, einzelne Stellen zu streichen. Die Aufgabe des Kantonsrates ist es jedoch, gerade hier beim Budget, die Kosten insgesamt zu beurteilen und via Budget die Ausgabenseite zu definieren. Die Organisation der Verwaltung obliegt der ausführenden Gewalt – mit den finanziellen Mitteln, die der Kantonsrat für angemessen hält. Geht die Rechnung nicht mehr auf, wird es als ultima ratio die Aufgabe des Kantonsrates sein, den Rotstift zu zücken.

Das Argument, das ich wohl jetzt dann gleich vom Regierungsrat zu hören bekomme, wird lauten: „Wir haben eben in letzter Zeit massenhaft neue Aufgaben übernehmen müssen. Darum müssen wir mehr Personal

anstellen.“ Dieses Argument hielte ich gelinde gesagt für Unfug. Wenn tatsächlich eine wesentliche aufgezwungene Aufgaben-Mehrbelastung vorliegt, wäre diese Mehrbelastung über die letzten 10 Jahre durch den rasenden technologischen Fortschritt bei Weitem wettgemacht.

Ich möchte den Regierungsrat also anfragen, wie sich der Angestelltenbestand (inklusive Separatbetrieben) in den letzten 10 Jahren, also von 1998 bis 2008, konkret entwickelt hat. Zudem möchte ich anfragen, wie viele Stellen durch die Rationalisierung dank IT-Massnahmen eingespart wurden und wie viele Stellen aufgrund neu zu übernehmender Aufgaben ungefähr geschaffen wurden.

Ich bin klar der Meinung – wie auch immer die Antwort des Regierungsrates ausfällt –, dass im nächsten Budget zumindest diejenigen Mehrstellen kompensiert werden müssen, die in den letzten Jahren dazugekommen sind. Es soll also ein Angestelltenabbau – durch natürliche Fluktuation – stattfinden, ansonsten ich dem Budget in den nächsten Jahren kaum zustimmen könnte. Irgendwann würden die Personalkosten nämlich nicht mehr tragbar sein. Dann müssten härtere Massnahmen ergriffen werden. So weit will ich es aber nicht kommen lassen.

Charles Gysel (SVP): Der Staatsvoranschlag für das kommende Jahr liegt vor. Die GPK hat ihre Aufgaben wahrgenommen und einzelne Positionen sicher hinterfragt. Unter dem Strich gibt es ein positives Resultat. Was will man also mehr?

Eine Zwischenbemerkung: Ich gratuliere Martina Munz. Dem, was sie am Schluss gesagt hat, stimme ich hundertprozentig zu. Die Auseinandersetzungen waren früher hart, aber wenigstens hat man sich mit den diversen Themen auseinandergesetzt. Ich werde vermutlich auch dem Antrag von Bernhard Egli zustimmen. Nur so kann man in diesem Kanton etwas bewegen.

Ich gestatte mir, mich zum Abschluss meiner Ratstätigkeit etwas kritisch zu diesem Voranschlag zu äussern. Aus meiner Sicht geht es dem Kanton finanziell gut, zumindest nicht schlecht, also ist man ja auch grosszügiger. Das ist eigentlich eine normale Erscheinung, aber auch gefährlich. „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“ Dieses Sprichwort gilt aus meiner Sicht nicht für dieses Budget. Wir sind grosszügig geworden. Wir haben ja Geld aus den Goldreserven erhalten, wir haben ja Geld aus dem Erlös von EKS-Aktien-Verkäufen, die Kantonalbank ist grosszügig im Zusammenhang mit ihrem Jubiläum und so weiter. Was wollen wir mehr?

Deshalb ist es auch nicht notwendig, anstehende Probleme anzupacken und diese einer guten Lösung zuzuführen. Aber die Regierung wie auch das Parlament haben eben ein kurzfristiges Erinnerungsvermögen. So ganz nach der Devise von Konrad Adenauer: „Was kümmert mich mein

Geschwätz von gestern.“ Und an einmal gefasste Beschlüsse erinnert man sich oft nicht mehr, oder man ist froh, sie vergessen zu haben.

Aber sicher erinnern Sie sich, dass ich kürzlich im Zusammenhang mit der EKS AG eine Motion einreichen musste, weil sich die Regierung nicht mehr an ihre eigenen Beschlüsse halten wollte. Die Regierung wurde dann aufgrund des parlamentarischen Vorstosses einsichtig und hat ihren Fehler rückgängig gemacht. Sie sehen, das Parlament ist wichtig.

Und jetzt komme ich zum Budget: Ich hoffe, die Regierung wie auch Sie als Parlamentsmitglieder erinnern sich noch an das Versprechen der Regierung, den explodierenden Sachaufwand der Verwaltung zu stabilisieren. Neben Aussagen im Finanzplan gab es meines Wissens diesbezüglich sogar einen Regierungsratsbeschluss. Das Resultat sehen Sie auf Seite A 20, Sachgruppe 31 (Sachaufwand). Einzig in den Jahren 2003 bis 2005 war die Zunahme einigermaßen erträglich. Seither wird wieder massiv zugeschlagen. Wo bleibt da der gute Wille und was ist von Aussagen über eine Stabilisierung oder wenigstens massvolles Ansteigen des Sachaufwandes zu halten? Der Sachaufwand ist seit 2005 wieder in Millionenschritten angestiegen und die Anstiegsquoten werden jedes Jahr grösser. In 5 Jahren beträgt der Anstieg immerhin etwa 12 Millionen Franken oder 25 Prozent. Aber ich weiss, es gibt sicher gute Gründe dafür. Um Begründungen diesbezüglich ist man ja nie verlegen. Wir werden auch heute Begründungen erhalten, davon bin ich überzeugt.

Meines Erachtens werden aber oft auch anstehende Probleme einfach aufgeschoben, ganz nach der Devise: Kommt Zeit kommt Rat.

Drei Beispiele: Vergleichen Sie doch einmal die seinerzeitige Vorlage für die Bildung der Pädagogischen Hochschule mit der heutigen Wirklichkeit. Vergleichen Sie das, was dem Steuerzahler versprochen wurde, mit der heutigen Realität. Viel mehr muss ich dazu vermutlich gar nicht sagen. Die zusätzlichen Mittel, die eingeschossen werden müssen, werden einfach akzeptiert. Was kümmert uns, was wir einmal geschrieben und versprochen haben? Der Stimmbürger, der unter bestimmten Voraussetzungen dem Projekt zugestimmt hat, erinnert sich ja nicht mehr. Jetzt wird einfach bezahlt.

Weiteres Beispiel: Kantonale Informatik-Strategiestelle. Diese wurde einmal notwendig, weil die Leitung der KSD entlastet werden musste beziehungsweise weil man davon ausging, dass eben keine Strategie entwickelt werden könne. In der Zwischenzeit wurde oder wird die Leitung der KSD mit einer hervorragenden Fachperson besetzt. Das frühere Defizit müsste eigentlich behoben sein. Aber die Stelle bleibt natürlich. Nach meinem Dafürhalten müsste die Stelle jetzt aufgehoben oder zumindest in die Organisation der KSD integriert werden, und zwar mit einem neuen Leistungsauftrag.

Drittes Beispiel: Wärmeverbund Herrenacker. Auf meine Frage im Frühjahr bei der Behandlung der Staatsrechnung sagte der zuständige Regierungsrat: „Ich hoffe dass dieser Ladenhüter nicht mehr jedes Jahr behandelt werden muss.“ Und aufgrund von Gesprächen glaubte ich, dass ich es noch während meiner Ratstätigkeit erleben würde, einmal ein akzeptables Budget zu erhalten. Aber weit gefehlt! Schauen Sie sich einmal Seite A 195 an. Die Verträge mit den Energiebezügern seien zwar gekündigt, hört man. Aber der Aufwand wird anscheinend weiterhin einfach auf die Energiebezüger verteilt, ohne klare Tarifstruktur, ohne Differenzierung zwischen privaten und städtischen und kantonalen Bezüchern. Und somit auch ohne Rückstellung für die Erneuerung. Diese wird, das wage ich zu prophezeien, den Kanton noch sehr, sehr teuer zu stehen kommen. Aber immerhin sind die Kosten für die Betriebskommission verdoppelt worden. Mehr sage ich nicht dazu.

Und noch ein Wort zur Sparsamkeit des Kantonsrates: Mit einer Initiative, die das Volk angenommen hat, wurde der Kantonsrat verkleinert. Ich war nicht für die Verkleinerung. Aber das Volk hat die Reduktion auf 60 Mitglieder so gewollt, mit der Erwartung, es könnten Einsparungen vorgenommen werden. Und was tut der Kantonsrat? Die allenfalls möglichen Einsparungen werden zum grossen Teil in die Taschen der Fraktionen umgeleitet, indem einfach Sitzungsgelder an die Fraktionen beschlossen und bezahlt werden. Dem Vernehmen nach sollen auch die Sitzungsgelder im neuen Jahr noch massiv erhöht werden. Damit sind dann vermutlich alle auch vom Volk gewollten Einsparungen weg, das heisst, die Gelder fliessen in die Taschen der Parlamentsmitglieder beziehungsweise der Fraktionen. Ob dann mit dieser massiven Diätenverbesserung auch die Qualität der Arbeit steigt, wage ich, gelinde gesagt, zu bezweifeln. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Allerdings: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich jedenfalls kann dies gegenüber dem Stimmbürger nicht verantworten.

Fazit: Falls sich im Lauf der Debatte nicht noch einige Budgetverbesserungen einstellen und gewisse Einsparungen verwirklicht werden, werde ich aller Voraussicht nach dem Budget nicht zustimmen. Es wäre das erste und natürlich auch das letzte Mal.

Dieses legere Finanzgebaren zieht sich meines Erachtens wie ein roter Faden durch das Budget. Und mir bleibt zum Abschied nur ein kleiner Protest: Es lebe das „kleine Paradies“!

Florian Keller (AL): „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ hat Charles Gysel soeben gesagt. Wir sprechen nun über das Budget 2009, und es könnte in diesem Rat Divergenzen darüber geben, ob das Jahr 2009 in der Zeit oder in der Not liege. Gemäss Nelly Dalpiaz steht die Not vor der Tür; ich kann dieser Einschätzung grösstenteils zustimmen.

Aber ich glaube, es wäre das Dummste, jetzt, wo die Not vor der Tür steht, bewusst die Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Und genau das tun Sie hier: Sie propagieren, dass die Teuerung nicht vollständig ausgeglichen werden soll. Wir sprechen uns wieder, wenn es um Seite 110 geht.

Regierungsrat Heinz Albicker: Ich danke für die mehrheitlich positive Aufnahme des Budgets. Es verwundert mich, dass nicht mehr positive Reaktionen in diesem Saal zu spüren sind. Im Finanzplan verzeichneten wir ein Defizit von 4,2 Millionen Franken. Man spricht immer nur vom Aufwand, aber dass wir zusammen mit dem nächsten Jahr ungefähr 70 Millionen Franken an Steuersenkungen verkräften müssen, wird mehrheitlich negiert. Das verstehe ich nicht.

Wir haben in der Laufenden Rechnung einen Überschuss. Am Anfang dieses Jahrtausends hatten wir meist negative Budgets. Das wird negiert. Und dann wird auch von legerem Finanzgebaren gesprochen. Ich lege als Finanzdirektor kein legeres Finanzgebaren an den Tag!

Der Selbstfinanzierungsgrad von 63 Prozent liegt unter dem Ziel (70 Prozent). In den letzten 8 Jahren hatten wir stets positive Abschlüsse, bis auf das Jahr 2003, als wir ein Defizit von rund 4,5 Millionen ausweisen mussten. Damals waren die Steuereinnahmen tiefer als budgetiert.

Mit den Investitionen liegen wir im Rahmen der Vorjahre. Ich sage das insbesondere auch zuhänden der Medien, denn ein Medium schreibt immer wieder, die Investitionen würden „sträflich vernachlässigt“. Ich betone: Ich spreche jetzt von den Investitionen, die wir kennen und die im Budget eingestellt sind; für die anderen benötigen wir eigene Vorlagen. Kommt die NASPO, so gibt es eine Vorlage. Kommt die KSS, so gibt es eine Vorlage. Zum Verkehr im Klettgau brauchen wir eine Vorlage. Diese Positionen sind nicht im Budget enthalten. Ich hoffe, alle haben es nun kapiert.

Nochmals zum Selbstfinanzierungsgrad: Dieser ist nicht befriedigend. Aber wir hatten 2004 einen Selbstfinanzierungsgrad von 229 Prozent, 2005 von 1360 Prozent, 2006 von 204 Prozent, 2007 von 184 Prozent. Dass nun von Verschuldung gesprochen wird, finde ich eigenartig. Wir haben einen überproportionalen Selbstfinanzierungsgrad.

Zum Problem der Löhne. Der Kanton Schaffhausen ist ein guter und fairer Arbeitgeber. In diesem Jahrtausend wurde die gesamte Teuerung ausgeglichen. Vergleichen Sie mit anderen Kantonen, so sind das Welten! In anderen Kantonen wurden zum Teil nicht einmal mehr die Stufenanstiege gewährt. Der Kanton Schaffhausen hat ein neues System. Er hat in den letzten Jahren die individuellen Zulagen für seine Mitarbeitenden von 0,8 auf etwa 1,2 Prozent erhöht. Ich muss zugeben, dass die hohe Teuerung uns tatsächlich einen Strich durch die Rechnung gemacht

hat. Warum? Die Erdölpreise stiegen infolge der Spekulation in ungeahnte Höhen. Das hatte in den letzten Monaten nichts mehr mit Angebot und Nachfrage zu tun. Diese Geschäfte sollte man in Zukunft vollständig verbieten! Leerverkäufe müssen verboten werden, wenn die Spekulation ausser Kraft gesetzt werden soll. Man soll sich deshalb an einer Firma mit dem Kauf von Aktien beteiligen, weil man an die Firma glaubt, aber nicht, weil man auf höhere oder tiefere Kurse hofft und somit durch Spekulation die Firmen in ungeahnte Probleme bringt.

Diese Teuerung tut uns weh. 1 Prozent kostet etwa 3,5 Millionen Franken. Die Regierung traf den Entscheid, bevor sie wusste, wie Ende September die Teuerung sein würde, und sagte: 3,5 Prozent insgesamt. Sinkt die Teuerung, so haben wir mehr Mittel für individuelle Zulagen zur Verfügung, steigt die Teuerung, so werden wir entweder diese nicht voll ausgleichen können oder bei den individuellen Zulagen gewisse Abstriche machen müssen. Das haben wir der Personalkommission transparent dargestellt. Wir hatten mit dieser auch gute Gespräche. Nach der letzten Diskussion war die Personalkommission mit 3,5 Prozent einverstanden, weil auch sie sah, dass es sich dabei um ein grosszügiges Angebot handelt. Bei der Verteilung wurden wir uns nicht einig. Die Personalkommission wünscht den vollen Ausgleich der Teuerung (2,9 Prozent). Ich verstehe das, es ist ihre Aufgabe. Für individuelle Zulagen würden dann 0,6 Prozent zur Verfügung stehen. Der Regierungsrat lehnt diese Aufteilung der Mittel ab, denn er ist davon überzeugt, dass er seinen Leistungsträgern mit guten Beurteilungen, guten und ausserordentlichen Leistungen eine spezielle Lohnerhöhung geben muss. In diesem Fall geht diese zu Lasten des Teuerungsausgleichs. Wir schlagen 2,5 Prozent Teuerungsausgleich vor. Damit werden 0,4 Prozent der Teuerung nicht ausgeglichen werden; ich weise aber darauf hin, dass wir in den letzten Jahren auch einmal ein Jahr später noch 0,3 Prozent ausgeglichen haben. Das ist kein Versprechen, aber bei einer späteren Teuerung kann man vielleicht darauf zurückkommen.

Von 19 Kantonen gibt es nur 5, die den Arbeitenden ein besseres Angebot machen. Unter diesen 5 sind 3 oder 4, die Nachholbedarf haben und diesen bei der guten Finanzlage befriedigen wollen. Das ist auch richtig. Der Staat macht die Exzesse in der Privatwirtschaft nicht mit. Hat ein privat orientiertes Unternehmen hervorragende Abschlüsse, spricht es seinen Mitarbeitenden allenfalls auch Lohnerhöhungen zu. Bei schlechteren Abschlüssen aber kommt es zu Kurzarbeit, zu Entlassungen und Kürzungen. Der Staat hingegen ist ein relativ sicherer Arbeitgeber. Bei den Spitätern spielen, wie Sie gemerkt haben, heute aber auch andere Gedanken mit. Wir müssen uns der Wirtschaftlichkeit stellen. Aber gerade weil der Staat die privatwirtschaftlichen Exzesse nicht mitmacht, sind wir es unseren Mitarbeitenden schuldig, dass wir eine konstante, glaubwürdige

Finanzpolitik betreiben, dass wir also wenn möglich die Teuerung ausgleichen und einen Anteil für individuelle Lohnerhöhungen bereitstellen. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Indexzulage für die Rentner gesprochen. Hätten wir nicht eine so gute Finanzlage, so hätten wir schon dieses Jahr nicht 2 Prozent über den Staatshaushalt ausgeglichen. Für das nächste Jahr haben wir 1 Prozent vorgeschlagen. Die Pensionskasse ist jetzt nicht in der Lage, Indexzulagen zu zahlen. Betrachten Sie auf dem Platz die grossen Firmen, so wird seit 2002 bei den meisten Pensionskassen keine Teuerung mehr ausgeglichen, auch nicht über den Arbeitgeber. Ich kenne Firmen, die seit 10, 15 Jahren keine Teuerungszulagen mehr ausbezahlt haben.

Der Sachaufwand ist ein immer wieder wichtiges Thema. Nach dem Rohbudget mussten wir noch 5 Millionen Franken streichen. Wir hatten seitens der Verwaltung grössere Bedürfnisse. Es war uns aber absolut klar, dass wir gar nicht daran denken mussten, der GPK dieses Budget vorzulegen, und wir haben 5 Millionen Franken herausgestrichen. Ich verstehe nicht, weshalb man immer wieder nur die Aufwandseite betrachtet. Beim Sachaufwand gibt es auch Positionen, welche Mehrerträge generieren. Diese sieht man aber nicht in jener Position, welche Charles Gysel genannt hat. Ich kann Folgendes feststellen: Den 2,9 Millionen Franken Mehraufwand stehen 0,7 Millionen Franken Mehrerträge gegenüber. Immerhin ist da eine Korrektur zu sehen.

Brutto-Betrachtungen werden heute Gott sei dank nicht mehr so oft angestellt. Ich picke nur zwei Positionen heraus: Die Beiträge des Kantons an anerkannte Flüchtlinge und an die Asylbewerberwohnheime kommen alle über die Bundesbeiträge wieder herein. Allerdings blähen sie den Gesamthaushalt auf.

Zu den Steuererträgen: Die Steuererträge von den natürlichen Personen sind im nächsten Jahr nicht in Gefahr. Wenn wir sehen, was in der Landschaft passiert – Lohnerhöhungen um 2,5 Prozent, 3 Prozent, 3,25 Prozent, 3,5 Prozent –, so ist klar, dass die Mitarbeitenden entsprechende Lohnanpassungen zugesprochen erhalten. Viele werden es erst 2010 merken, weil sie dann ja die Steuererklärung für 2009 ausfüllen. Sie werden für 2009 und 2010 Nachsteuern zahlen müssen.

Wie schnell oder langsam eine höhere Arbeitslosigkeit tatsächlich auf uns zukommen wird, kann man heute noch nicht abschätzen. Bei den Auguren gehen die Meinungen weit auseinander. Dass wir uns bezüglich der natürlichen Personen keine grossen Sorgen machen müssen, zeigen die vergangenen Rezessionen. Bei den juristischen Personen hingegen ist das Risiko viel grösser. Wir wissen nicht, wie unsere guten Firmen in den nächsten ein, zwei Jahren wirklich abschliessen werden. Mit unserem Eigenkapital von 175 Millionen Franken können wir für zwei, drei Jahre tiefere Steuereingänge seitens der juristischen Personen auffangen. Natur-

lich wird dann, wenn ich einen roten Abschluss präsentiere, der Aufschrei gross sein und man wird nach Sparpaketen rufen. Aber die Regierung wird dann auch prüfen, welche Vorlagen das Parlament verteuert hat, und sich erlauben, auch da Vorschläge zu machen. Charles Gysel hat darauf hingewiesen, dass der Kantonsrat auch vor seiner eigenen Türe wischen muss.

Die Auflösung der Steuerrückstellungen kann man als finanztechnischen Trick betrachten, was mich auch nicht stört. Es ist auch eine Auflage der Finanzkontrolle, dass wir diese Rückstellungen auflösen. Es stimmt, wir haben in den letzten Jahren gut gearbeitet und gute Abschlüsse gehabt, weshalb ich diese Rückstellungen nicht aufgelöst habe, obwohl ich von der Finanzkontrolle immer wieder dazu aufgefordert wurde.

Nelly Dalpiaz hat gesagt, wir sollten Schulden abbauen. Seit 2005 haben wir keine Nettolast mehr, 2004 waren es noch beinahe 90 Millionen Franken. Für das nächste Jahr rechnen wir mit einem Eigenfinanzierungsvortrag von knapp 77 Millionen Franken. Das soll uns trotzdem nicht dazu bringen, diesen Vorteil, den wir haben, allzu schnell abzubauen.

Wenn ich die SVP richtig verstehe, so verlangt sie, dass wir 1,5 Prozent Teuerung und 2,5 Prozent individuell auszahlen. Das wären ja 4 Prozent. Es freut mich, aber ich weiss nicht, wie man auf diese Zahl kommt. Kosten würde es übrigens 1,1 Millionen Franken mehr.

Martina Munz sagt, die GPK sei zahnlos geworden. Aus meiner Sicht hat sich eben auch etwas geändert: Es wurden nicht mehr bei jedem Budget und bei jeder Rechnung die gleichen Fragen gestellt. Es ist für die Regierung auch ein Vorteil, dass sie nicht immer das Gleiche verteidigen muss. Andreas Gnädinger empfehle ich, den Finanzplan 2008–2011 hervorzunehmen. Auf Seite 11 ist eine Grafik mit der Entwicklung der Personalbestände, die so aufgeteilt ist: 1. Selbstständige, öffentlich-rechtliche Spitäler. 2. Bildung. 3. Allgemeine Staatsverwaltung. 4. Spezialverwaltungen sowie weitere selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten. Im Jahr 1996 hatten wir 2'674,92 Stellen, Ende 2007 hatten wir 2'570 Stellen. Es ist nicht so, dass wir beim Kanton einen explodierenden Personalbestand zu verzeichnen hätten. Diese Aussage stimmt nicht. Wir haben dies vor Jahren der GPK präsentiert. Ein GPK-Mitglied – es ist nicht mehr in diesem Rat – sagte nachher, man dürfe das nicht so laut sagen. Man hatte nämlich festgestellt, dass beim Kanton die Verwaltung nachweislich gar nicht gewachsen war.

Was übernimmt denn der Kanton alles? Werden zwei Polizeien zusammengelegt, wer hat dann den höheren Personalbestand? Die Stadt hat weniger, der Kanton hat mehr. Dafür bezahlt die Stadt. Wenn wir bei uns Steuerverwaltungen übernehmen, beispielsweise Neuhausen mit 5 oder 6 Mitarbeitenden, so haben wir im Personalbestand mehr Mitarbeitende. Das wiederum wird abgegolten durch einen Beitrag der Gemeinde Neu-

hausen. So geschieht es in anderen Fällen auch. Bei der Feuerpolizei war es ebenfalls so. Man kann doch nicht sagen, die Verwaltung beim Kanton werde grösser, ohne dass man die Aufgaben, die wir von den Gemeinden übernommen haben, berücksichtigt.

Zur Pädagogischen Hochschule: Charles Gysel, ich habe kein schlechtes Gewissen, überhaupt nicht. Wir kämpfen im Kanton Schaffhausen für die Attraktivität des Standorts. Wir haben ein IPI. Glauben Sie, dieses bezahle sich selbst? Wir wollten die Lehrerbildung nicht aus unserem Kanton verbannen. Das hat man nämlich schon einmal getan. Nun sieht es anders aus: Man hat das Gefühl, es gebe genügend Lehrende, wir hätten keine Probleme bei der Rekrutierung, wir brauchten immer weniger Lehrende. Das ist in 15, 20 Jahren vielleicht anders. Haben wir diese Ausbildungsstätte nicht in unserem Kanton, bekommen wir ein Problem. Das ist doch klar. Betrachten Sie die Hochschulabgänger oder die Fachhochschulabgänger. Ich war 15 oder 20 Jahre lang Personalchef. Wir hatten die grösste Mühe, unsere ausgebildeten Lehrlinge zu halten; die meisten verschwanden im Markt Zürich. Höhere Löhne, interessante Angebote und gute Firmen gaben den Ausschlag. Wenn wir uns solche Ausbildungsstätten nicht mehr leisten wollen, machen wir einen Riesenfehler. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung sieht ja so aus, dass wir eher noch versuchen, zusätzliche Ableger von Hochschulen nach Schaffhausen zu holen. Glauben Sie ja nicht, dass die sich dann selbst finanzieren. Ich gebe zu, dass wir damals in der Vorlage von anderen Voraussetzungen ausgingen. Was eintreffen sollte, traf nicht ein. Aber damals hatten wir es mit bestem Wissen und Gewissen so prognostiziert. Ich danke für das Eintreten.

Jakob Hug (SP): Es erstaunt mich schon, wie leichtfertig mit Begriffen umgegangen wird. Regierungsrat Heinz Albicker sprach wörtlich von „individuellen Zulagen“, die über die Teuerung hinaus bezahlt würden. Individuelle Zulagen: Laut Personalgesetz handelt es sich nicht um individuelle Zulagen, sondern um die Leistungslohnkomponente, die jeder erhält, und zwar aufgrund der jährlichen Leistungsbeurteilung. Vielfach wird fälschlicherweise von „genereller Lohnerhöhung“ gesprochen. Richtig ist auch hier der Ausdruck „Leistungslohnkomponente“. Ich bitte den Regierungsrat, im Sinne des Personalgesetzes die richtigen Begriffe zu verwenden.

Thomas Wetter (SP): Ich muss an dieser Stelle die Aussage von Regierungsrat Heinz Albicker, es hätten in der Personalkommission gute Gespräche stattgefunden und diese sei mit einer Gesamtloohnerhöhung um 3,5 Prozent einverstanden gewesen, korrigieren. Ich spreche hier auch als Mitglied der Personalkommission.

Die Personalkommission ist Verhandlungspartnerin des Regierungsrates in allgemeinen Personalfragen. In diversen Sitzungen haben wir über die Lohnrunde 2009 gesprochen. Die Standpunkte von Regierung und Personalkommission haben sich dabei jedoch nicht angenähert. Die Personalkommission blieb bei der Forderung nach dem vollen Teuerungsausgleich (2,9 Prozent) und nach 1 Prozent individuellem Leistungslohn. Sollte der Rat die 3,9 Prozent nicht bewilligen, halten wir – das hat die Personalkommission klar gesagt – am vollen Teuerungsausgleich fest, und der Rest soll für individuelle Lohnerhöhungen vorgesehen werden. Bei der aktuellen Finanzlage des Kantons und der drohenden Rezession, bei der via Kaufkraftreicherung die Binnenwirtschaft gestützt werden muss, steht ein nicht gewährter voller Teuerungsausgleich quer in der Landschaft. Unabhängig von der gewährten Höhe der Gesamtlohnsumme appelliere ich an den Regierungsrat, die in seiner Kompetenz liegende Aufteilung der Gesamtlohnsumme zugunsten des von der Personalkommission geforderten vollen Teuerungsausgleichs vorzunehmen.

Charles Gysel (SVP): Regierungsrat Heinz Albicker, ich habe nicht gesagt, man müsse die Pädagogische Hochschule liquidieren. Ich habe aber darauf hingewiesen, dass man dem Volk etwas versprochen hat und etwas völlig anderes herausgekommen ist. Das kostet uns Millionen. Wenn man das will, kann man es – aber dann sollte dem Volk besser begründet werden, weshalb es sich so verhält. Ich habe auf ein bestehendes Problem hingewiesen, das meines Erachtens so nicht im Raum stehen gelassen werden kann.

Alfred Sieber (SVP): Ich stelle klar: Die Meinung der SVP ist, dass die Teuerung mit 1,5 Prozent und der individuelle Leistungslohn mit 2 Prozent gewichtet werden soll.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ein Antrag auf Nichteintreten wird nicht gestellt. Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung

Grundlage für die Diskussion bilden die Vorlage des Regierungsrates vom 9. September 2008 sowie der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 10. November 2008 (Amtdruckschrift 08-117).

Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer (FDP): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass alle Anträge des Regierungsrates und der GPK gemäss Amtdruckschrift 08-117 gestellt sind.

21 Departement des Innern

2140 Gesundheitsamt / Kantonsärztlicher Dienst

319.1000 Verschiedene Ausgaben

Andreas Gnädinger (JSVP): In der Position 319.1000 sind Fr. 94'200.– budgetiert, das sind etwa 10 Prozent mehr als im Voranschlag 2008 und das ist markant mehr als in der Rechnung 2007. Unter den „verschiedenen Ausgaben“ sind ungefähr 10 Prozent der Gesamtausgaben des Gesundheitsamtes budgetiert. Was genau fällt unter die Position „verschiedene Ausgaben“?

Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf: Es handelt sich hier um diverse, wiederkehrende Ausgaben des Gesundheitsamtes. Beispielsweise für das Rettungswesen im Kanton (Fr. 18'000.–), für die H+-Statistiken, welche jährlich erstellt werden (Fr. 32'000.–). Im Weiteren geht es um einen Beitrag an das schweizerische Gesundheitsobservatorium für Analysen im Gesundheitswesen (Fr. 15'000.–). Wir bezahlen davon auch die Mitgliedschaft bei Swiss DRG für die Berechnung der Fallkosten und die Detailzahlen (Fr. 10'000.–). Beim Interverband für Rettungswesen sind es Fr. 5'200.–. Dazu kommen weitere kleinere Posten wie die IBK-Kommission Gesundheit und Soziales (Fr. 5'500.–). Neu sind die Beiträge für Swiss DRG und den Interverband für Rettungswesen dazugekommen; deshalb fiel der Beitrag für 2009 markant höher aus.

2160 Krankenanstalten

363.0000 Betriebszuschüsse an Kantonsspital

Werner Bolli (SVP), Präsident der Gesundheitskommission: Der im Staatsvoranschlag 2009 eingestellte Kantonsbeitrag an die Spitäler Schaffhausen in der Höhe von Fr. 68'903'000.– ist ein Globalkredit im Sinne des Spitalgesetzes vom 22. November 2004. Er basiert auf dem Jahreskontrakt gemäss Art. 9 des Spitalgesetzes, der vom Gesundheitsamt in Absprache mit den Spitälern Schaffhausen und den weiteren involvierten Stellen des Kantons vorbereitet wurde. Der Spitalrat hat den Kontrakt beziehungsweise die Kontrakte – also den Rahmenkontrakt und den Jahreskontrakt – am 21. August beziehungsweise am 13. Oktober 2008 genehmigt. In der Folge hat der Regierungsrat diese beiden Kontrakte im Sinne von Art. 12 Abs. 1 des Spitalgesetzes mit Beschluss vom 14. Oktober 2008 genehmigt. Anschliessend sind diese Vereinbarungen von der Gesundheitskommission des Kantonsrates zu prüfen, mit Berichterstattung an das Ratsplenum im Rahmen der Budgetberatung – was

ich nun tue. Im Falle einer Nichtgenehmigung oder einer Änderung des vorgeschlagenen beziehungsweise beantragten Globalkredites durch den Kantonsrat wäre der Jahreskontrakt entsprechend anzupassen.

Gemäss Art. 9 des Spitalgesetzes sind die Leistungen, welche die Spitäler Schaffhausen im Auftrag des Kantons sicherzustellen haben, die Grundsätze der Finanzierung und des Controllings sowie die Konditionen der Immobiliennutzung in einem Rahmenkontrakt zu regeln. Zusammen mit den jährlich neu ausgehandelten Jahreskontrakten bildet der Rahmenkontrakt die Basis für die Leistungsabgeltung der Spitäler durch den Kanton und für die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen den beidseits betroffenen Stellen. Die Kontrakte sind seitens des Kantons vom Regierungsrat und seitens der Spitäler vom Spitalrat abzuschliessen.

Nach Auswertung der Erfahrungen aus den beiden zurückliegenden Jahren – die Gründung der Spitäler Schaffhausen erfolgte bekanntlich per 1. Januar 2006 – war es mit Blick auf den Jahreskontrakt 2009 angezeigt, auch den als Basis dienenden Rahmenkontrakt zu überarbeiten und formell als genehmigtes Dokument im Sinne der Gesetzgebung auszugestalten.

Die Finanzierungsvereinbarung wird neu in den Rahmenkontrakt integriert. Alle übrigen Grundlagen – Leistungsauftrag, Immobiliennutzungsvertrag, Rahmenvorgaben zur Kaderbesoldung und zur Honorierung der Ärzteschaft sowie der Wahlbeschluss des Spitalrates – werden vom neuen Rahmenkontrakt nicht berührt und werden für das kommende Jahr weiterhin in Kraft bleiben. Diese Grundlagen sollen 2009 überprüft und mit Wirkung ab 2010 revidiert und neu gefasst werden.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu zwei wichtigen Änderungen im vorgelegten Rahmenvertrag: 1. Im Rahmen der bisherigen Finanzierungsvereinbarung hat der Regierungsrat festgelegt, dass die Finanzierung und die Liquiditätssicherung der Spitäler in einem umfassenden Sinne durch die Finanzverwaltung des Kantons erfolgen sollen. Die Aufnahme von Krediten durch die Spitäler bei externen Stellen ist neu explizit ausgeschlossen, und die Liquiditätshaltung in eigenen Kassen und Konten ist auf das zur Abwicklung der laufenden Geschäfte erforderliche Mass zu beschränken. In Bezug auf die Verzinsung des Kontokorrentkontos der Spitäler wird künftig zwischen Aktiv- und Passivzinsen unterschieden, dies im Sinne der bankenüblichen Usancen. Somit kann den Refinanzierungskosten des Kantons angemessen Rechnung getragen werden.

2. Die bisherigen Taxen für Langzeitpatienten basieren auf dem Taxdekret, welches der Kantonsrat im Herbst 2005 festgelegt hat. Diese Ansätze liegen deutlich unter den Taxen vergleichbarer Institutionen anderer Kantone und sind auch tiefer im Vergleich zu den meisten Heimen im

Kanton. Neu kann der Spitalrat die Taxen festlegen. Eine sozialverträgliche Gestaltung ist aber durch die Begrenzung in der Verordnung über die Ergänzungsleistungen weiterhin gewährleistet. Die aktuellen Obergrenzen liegen zwischen Fr. 119.– und Fr. 179.– pro Pflage tag, abhängig von der BESA-Stufe. Diese Grenzen sind momentan bei den Spitaltaxen noch nicht gänzlich ausgeschöpft.

Der Vergleich der Budgetzahlen 2009 mit der Rechnung 2007 zeigt, dass die Spitäler weiterhin einem starken Effizienz- und Spardruck ausgesetzt sind. Trotz verschiedener Sonderfaktoren liegt der vorgesehene Staatsbeitrag 2009 um 2,6 Millionen Franken über dem Niveau von 2007. In diesem Zusammenhang können bei Weitem nicht alle Zusatzkosten gedeckt werden, weshalb eine anderweitige Kompensation durch die Spitäler dringend gefunden werden muss. Sie sehen also: Hier sind wir alle gefordert, auch die Politik. Hinzu kommt, dass die neue Spitalfreizügigkeit ab 2012 den Wettbewerbsdruck noch enorm verstärken wird. Ausserdem wird der Kanton verpflichtet sein, sich an zusätzlichen ausserkantonalen Behandlungen in öffentlichen und privaten Spitälern zu beteiligen. Um auf diese einschneidenden Veränderungen zu reagieren, hat der Spitalrat eine strategische Mittelfristplanung erarbeitet und diese dem Regierungsrat zugestellt.

Die Gesundheitskommission hat anlässlich ihrer Sitzung vom 31. Oktober 2008 den Jahreskontrakt 2009 und die dazugehörigen Unterlagen, in Anwesenheit von Spital- und Departementsleitung sowie des zuständigen Mitgliedes der GPK geprüft und zur Kenntnis genommen. Wir beantragen Eintreten und Genehmigung des Jahreskontraktes und des Betriebszuschusses von 68,903 Millionen Franken.

Ich danke im Namen der Kommission den zuständigen Stellen für ihre Arbeit und vor allem für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

22 Erziehungsdepartement

2205 Verschiedene Finanzierungen und allgemeine Projekte

310.2003 Druckkosten des Schulblattes

Daniel Fischer (SP): Das Schulblatt des Kantons Schaffhausen ist im Prinzip ein amtliches Publikationsorgan des Erziehungsdepartements. Es richtet sich an alle Angestellten im Bildungsbereich. Im Schulblatt waren enthalten: Amtliche Mitteilungen, Verordnungen des Erziehungsdepartements, Weisungen, Stellenausschreibungen, Kursausschreibungen und so weiter. Nun wurde dieses amtliche Publikationsorgan aus Spargründen ins Internet gestellt. Man weiss ja: Will man, dass etwas nicht oder weniger gelesen wird, muss man es digital ins Internet hängen. Ich bin der Überzeugung, dass ein amtliches Publikationsorgan auch in ge-

druckter Form abgegeben werden sollte. Zumindest jedoch sollte es so gehandhabt werden wie im Kantonsrat mit dem Protokoll, als wir vor ein paar Jahren auswählen konnten, ob wir dieses in gedruckter oder in Internet-Form wollten.

Meines Wissens hat Thomas Wetter im Erziehungsdepartement angefragt, ob man die Akzeptanz unter den Bildungsangestellten einmal evaluieren würde. Das Integrieren ins Internet ist wohl auch nicht gratis, wie hier suggeriert wird. Es kommt sicher die Bewirtschaftung des Internet-Auftritts wieder dazu.

Kann sich Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel je nach Ergebnis der Evaluation vorstellen, dass man dieses Publikationsorgan wieder entweder nach Wunsch oder generell in gedruckter Form zugestellt erhält?

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Die Frage nach der gedruckten Form des Schulblatts war zu erwarten. Die Titulierung des Schulblatts als „Amtliches Organ des Erziehungsdepartements“ aber ist eine Interpretation von Daniel Fischer. Wir haben im Rahmen des Sparprogramms ESH2 die Druckkosten gestrichen und damit Fr. 45'000.– eingespart. Das war im Übrigen auch ein klarer, von der Regierung verabschiedeter Auftrag. Es handelte sich ausschliesslich um die Druckkosten, nicht aber um die Erstellungskosten.

Ich habe im letzten Jahr gesagt, wir würden eine Evaluation machen. Dazu stehe ich. Normalerweise werden Evaluationen nach drei Jahren durchgeführt. Sie müssen sich aber dessen bewusst sein, dass wir in dieser Evaluation nicht ausschliesslich die Frage stellen werden, ob der Wunsch nach der gedruckten Form vorhanden sei oder ob die Internet-Form genüge. Allein dafür muss ich keine Evaluation machen, denn dann wünschen sich sowieso alle das Schulblatt in Papierform. Wir sind klar der Meinung: Künftig wird das Internet das passende Instrument sein. Man ist damit sehr viel schneller und flexibler. Die junge Generation – entschuldigen Sie, Daniel Fischer, wenn ich Sie nicht dazuzähle – geht sehr wohl mit dem Internet um und holt sich dort die benötigten Informationen. Sie weiss den unschätzbaren Vorteil des Arbeitens mit Suchbegriffen zu schätzen. Den Sparauftrag haben wir und wir können ihn sicher nicht rückgängig machen. Eine Evaluation werden wir durchführen, aber mit folgendem Schwerpunkt: Was könnte am jetzt zur Verfügung stehenden Instrument noch optimiert werden?

2232 Kindergärten

2234 Primarschulen

2238 Sekundarstufe I

Jeweils: 302.0000 Besoldungen

Jürg Tanner (SP): Ich erachte folgendes Problem als gravierend: Bei der Einführung des neuen Personalgesetzes wurde versprochen, dass es so genannte Aufholerinnen geben solle. Diese Personen sind in einem höheren Lohnband gelandet. Im Personalgesetz gibt es den Teuerungsausgleichstopf und den individuellen Topf für den Leistungslohn. Ein Mechanismus versucht ausgleichend zu wirken.

Ein Beispiel: Eine Kindergärtnerin, 50-jährig, hat 30 Jahre hier gearbeitet. Sie befindet sich mit ihrem Lohn nun in einem neuen Lohnband, und zwar zuunterst, weil das Lohnband gestiegen ist. Ihre Kollegin, die vom Seminar kommt, hat einen Anstieg zugute, weil sie unter diesem Lohnband liegt. Wir haben also Kindergärtnerinnen, die nach 30 Schuljahren etwa gleich viel verdienen wie ihre jungen Kolleginnen ohne Erfahrung.

Nun hätte der Mechanismus, so wurde es uns versprochen, folgendermassen aussehen sollen: Mit diesen zusätzlichen Lohnprozenten wird dafür gesorgt, dass diese Frauen um die 50 dort sind, wo sie sein müssten, wenn das Lohnband schon von Anfang an so gewesen wäre. Man hätte diesen Personen einen höheren Zuschlag gegeben als anderen.

Wir haben ein zweites Problem: Im Bereich Werken textil, Hauswirtschaft und so weiter haben wir die Lehrerinnen in das gleiche Lohnband wie die Sekundar- und die Realschullehrkräfte gehoben. Fakt ist aber: Diese Personen, meist auch Frauen um die 50, befinden sich neu zuunterst im Lohnband, während ihre Kollegen, die bereits auf dieser Stufe unterrichten, deutlich darüber liegen.

Auch dazu ein Beispiel: Eine Person, die an der Sekundarstufe Werken textil erteilt, hatte im Jahr 2005 auf ein volles Pensum gerechnet einen Lohn von genau Fr. 8'000.– brutto. Hätte sie zudem Geschichte und Deutsch erteilt – wozu sie qualifiziert war –, hätte ihr Lohn Fr. 9'122.– betragen. Das heisst, der Unterschied zwischen den so genannten Aufholerinnenlöhnen und den effektiv aufzuholenden Löhnen betrug also bei diesem Beispiel Fr. 1'122.–. Das ist kein Einzelfall, es gibt Beispiele, wo der Unterschied noch höher ist.

Was geschah? Im Jahr 2006 war der Unterschied von Fr. 1'122.– auf Fr. 1'104.– gesunken. 2007 betrug die Differenz noch Fr. 1'103.–, und 2008 belief sie sich auf Fr. 1'106.–! Warum dies? Wenn die Teuerung steigt, wird der Basislohn stärker angehoben als der Aufholeranteil.

Es kann doch einfach nicht sein, dass wir in diesem Kanton Lohnunterschiede haben, die pro Monat mehr als 10 Prozent ausmachen, in nackten Zahlen also mehr als Fr. 1'000.–.

Das System funktioniert so nicht. Und zwar deshalb nicht, weil wir hier zu wenig Geld bewilligen. Wir haben ungefähr 100 Lehrerinnen in dem Bereich, den ich mit meinem Beispiel angesprochen habe. Multipliziere ich die Differenz mit 100 und das Ergebnis mit 13, so erhalte ich 1,3 Millionen Franken. Für weitere 100 Personen bräuchten wir Fr. 650'000.–. Das heisst, wir hätten eigentlich einen Bedarf an rund 2 Mio. Franken, um die Differenzen auszugleichen. Ich beantrage aus diesen Gründen, 1 Million Franken auf die drei genannten Positionen zu verteilen. Wie, das überlasse ich der Regierung. Das heisst, die Besoldungskosten sollen um gesamthaft 1 Million Franken erhöht werden.

Verglichen mit dem, was wir heute sonst noch beschliessen, ist das auch nicht eine Allerweltszahl. Es ist beispielsweise das Doppelte dessen, was wir für die Imagekampagne „Kleines Paradies“ ausgeben. Ein kleines Paradies, wo, so hoffe ich, die Evas gleich behandelt werden wie die Adams. Es ist das Doppelte dessen, was wir jährlich durch die Stellenbewirtschaftung sparen (minus Fr. 450'000.–).

Ich bitte Sie höflich, meinem Antrag zuzustimmen. Ich sage Ihnen auch offen, was es bedeutet, wenn Sie es nicht tun: Es müsste Klage eingereicht werden. Denn dann wäre die Haltung des Kantonsrates klar: Er ist nicht bereit, gleiche Löhne für gleiche Arbeit zu zahlen. Nach dem entsprechenden Gesetzesartikel braucht es hier eine Willenserklärung. Lassen Sie also nicht die Gerichte entscheiden, sondern fällen Sie den Entscheid selbst.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich bitte Sie, diesem Antrag, der für mich einer Drohung gleichkommt, nicht zuzustimmen. Wir haben dieses neue Lohnsystem eingeführt und die Überführung in die Lohnbänder vorgenommen, im Wissen darum, dass jemand, der sich unten in einem Lohnband befindet, schneller aufholen kann beziehungsweise dass die Anteile der individuellen Lohnerhöhung grösser sind.

Zum Beispiel von Jürg Tanner: Es spricht für sich selbst, dass die Aufteilung so ist. Bleiben Sie bei den im Budget vorhandenen Zahlen und überlassen Sie es dem Erziehungsdepartement, diese Angelegenheit zu regeln, sollte die Drohung denn tatsächlich wahr gemacht werden.

Regierungsrat Heinz Albicker: Ich bin erschüttert über die Art und Weise des Vorstosses. Eine Drohung wird ausgesprochen. Wir haben eine Personalkommission, und in dieser war das noch nie ein Thema. Noch nie wurde die Frage gestellt, wie es genau aussehe, man bitte um Auskunft darüber, wie die Einreichungen vonstatten gegangen seien. Dazu

haben wir einmal global informiert. Alle, welche in den unteren Lohnbändern waren, wurden in das neue entsprechende Lohnband versetzt und hatten zum Teil beträchtliche Lohnerhöhungen. Wir konnten natürlich nicht allen, die sich in diesem Lohnband befanden, den Lohn analog erhöhen. Das wäre nicht bezahlbar gewesen. Diese waren ja für ihre Leistung bezahlt, wie es sich auch gehörte. Ich bin bereit, die Angelegenheit anzuschauen. Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel sagt aber, sie habe es ebenfalls geprüft und erkenne keinen Handlungsbedarf. Will die Personalkommission dies traktandieren und besprechen, so stelle ich mich offen der Diskussion. Es erschüttert mich hingegen, dass man in den Kantonsrat kommt, eine Drohung ausstösst und sagt, jetzt müsse die Million gesprochen werden, und dass man dabei keine Rücksicht auf andere Mitarbeitende beim Kanton nimmt. Sollte dieses Problem wirklich bestehen, so werden wohl nebst den Lehrkräften auch andere Gruppen davon betroffen sein. Sprechen wir einmal von der Polizei: Da hatten wir das Problem „Lohnband 7 oder 8?“ zu lösen. Wir trafen eine Übergangslösung für eine spätere Einreihung in Lohnband 8. Die Einreihung aber fand in Lohnband 7 statt. Diejenigen, die ganz knapp noch in Lohnband 7 waren, erhielten eine Lohnerhöhung von Fr. 70.– oder Fr. 80.– pro Monat. Die etwas tiefer Eingereihten bekamen eine grössere Lohnerhöhung. Zumindest die Erwartungen waren in diesen Lohnbändern allesamt höher. Damit man überhaupt einmal an diese Maxima herankommt, brauchen wir im individuellen Lohnbereich höhere Anteile. Und wenn die Teuerung so hoch ist, müssen wir eben einen Kompromiss finden.

In den letzten zwei, drei Jahren haben wir aber das Umgekehrte getan: Als wir 0,8 Prozent Teuerung hatten, sagten wir: O.K., die Finanzlage ist gut. Im alten System haben wir für individuelle Lohnerhöhungen bei den Stufenanstiegen ungefähr 0,9 Prozent individuelle Lohnerhöhungen bewilligt. In den letzten zwei, drei Jahren sind wir auf 1,2 Prozent gegangen, genau deswegen, weil mehr Mitarbeitende überhaupt wieder Lohnerhöhungen erhielten. Viele stiessen nämlich im alten Lohnband am Maximum an. Zudem hatten wir Mitarbeitende, die in tieferen Lohnbändern eingereiht werden mussten. Diese verdienen ab dem 1. Dezember 2008 weniger Lohn als in der Vergangenheit.

Das System in sich ist für mich stimmig. Wenn es irgendwo Probleme gibt, muss man diese auf den Tisch legen und nicht in der Budgetdebatte solche Anträge stellen.

Patrick Strasser (SP): Was die Erziehungsdirektorin und der Finanzdirektor gesagt haben, ist grundsätzlich richtig. Das heisst, wer in einem Lohnband ganz unten ist, hat bei entsprechend guter Leistung die Möglichkeit, auch schneller aufzusteigen. So weit, so gut. Nur: Sie wissen alle, dass bei den Lehrenden der Leistungslohn nicht so wie beim Rest

der kantonalen Verwaltung eingeführt wurde. Genau da liegt das Problem. Wäre der Leistungslohn bei der Lehrerschaft bereits eingeführt und somit die Chance für diejenigen, die sich unten im Lohnband befinden, durch gute Leistungen schneller aufzusteigen, gegeben, so wäre der Antrag von Jürg Tanner wahrscheinlich wirklich obsolet. Die Verhältnisse sind aber noch nicht so.

Wenn das neue Schulgesetz von den Stimmberechtigten im nächsten Februar angenommen wird, erhalten wir diese Möglichkeit. Ich wäre sehr froh, wenn es so weit käme. Leider aber war der Rat in dieser Frage gespalten. Da ich davon ausgehe, dass die Volksabstimmung sehr knapp ausgehen wird, ja dass das Schulgesetz gar abgelehnt werden könnte, muss ich zum jetzigen Zeitpunkt dem Antrag von Jürg Tanner zustimmen.

Jürg Tanner (SP): Was ich gesagt habe, ist keine Drohung, sondern eine Feststellung. Schon vor einem Jahr und vor ein paar Wochen wieder habe ich es hier so gesagt. Die Regierung kann wirklich nicht behaupten, ich hätte mich dahingehend noch nie geäußert. Sorry, es ist folgendermassen: Das Bundesgericht toleriert bei den öffentlichen Gemeinwesen eine Lohndiskriminierung für eine gewisse Zeit. Das ist das Problem. Bezüglich der Dauer gibt es kein Präjudiz, aber irgendwann wird man einmal ausgleichen müssen. An der Budgetdebatte vor einem Jahr hat sich Werner Bolli auch entsetzt gezeigt.

Ich denke, mein Antrag ist vernünftig. Es handelt sich um eine Budgetposition. Ich schätze den Bedarf auf 2 Millionen Franken; die Hälfte habe ich beantragt. Sollten die Unterschiede nicht so gross sein, wird das Geld ja auch nicht ausbezahlt. Will man die massiv diskriminierenden Löhne weiterhin tolerieren? Dazu verlange ich von diesem Rat Klarheit.

René Schmidt (ÖBS): Ich will die Lohnentwicklung bei den Lehrenden anders darstellen, als Patrick Strasser es getan hat. In diesem Lohnentwicklungsmodell gibt es drei Stufen: B, C und D. B ist die gute Stufe, die anderen beiden bringen keine beziehungsweise gar eine negative Lohnentwicklung. Es gibt eine Lohnentwicklung, aber es fehlt das A. Darin liegt auch ein Vorteil: Der grösste Teil der Lehrerschaft befindet sich im B, und diese B-Beschleunigung ist etwas grösser als diejenige beim übrigen Verwaltungspersonal. Immerhin hat man also für die Lehrenden mit den drei statt vier Stufen einen Ausgleich geschaffen. Es ist hinsichtlich der Zufriedenheit der Lehrenden manchmal wichtiger zu wissen, dass man im gleichen Boot sitzt; das ist besser, als wenn es einen von hundert gibt, der im Schnellboot fährt. Ich würde die ganze Frage der Lohnentwicklung nicht übergewichten. Es bestehen Elemente, die eine gewisse Beruhigung bringen. Ich sehe das Problem jedoch und denke, dass die Perso-

nalkommission das Thema aufnehmen muss, wenn es tatsächlich solche Fälle gibt, wie Jürg Tanner berichtet hat.

Abstimmung

Mit 35 : 25 wird der Antrag von Jürg Tanner abgelehnt.

2272/366.0001 Stipendien

René Schmidt (ÖBS): Wie fördern wir in unserem Kanton die Wissensgesellschaft, das Kapital? Wie viel kann der Staat dazu beitragen, dass man unabhängig von der finanziellen Situation ein Studium absolvieren kann? Dafür ist ein gut ausgebautes Stipendienwesen notwendig. Es erstaunt aber, dass die Gesamtsumme der budgetierten Stipendien von Fr. 1'630'000.– auf Fr. 1'500'000.– zurückgeht. Wir haben also trotz steigender Zahlen an den Universitäten, den Fachhochschulen und so weiter eine Schrumpfung der Gelder. Wie geht das auf? Welches sind die Gründe für diese rückläufige Bewegung? Welcher Anteil der ausbezahlten Stipendien wird als Darlehen gewährt? Es gibt das Ventil der Fachhochschule für diejenigen, die aus der Berufsausbildung kommen. Werden Studierende an Fachhochschulen bezüglich der Stipendien gleich behandelt wie Studierende an Universitäten oder an der ETH?

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: 2007 wurden insgesamt 1,4 Millionen Franken an Stipendien ausgerichtet. Das Budget wurde nun entsprechend angepasst. Dazu kommen die Darlehen, die in der Finanzrechnung auftauchen, und zwar unter Position 4220 „Studiendarlehen“. Diese wurde auf Fr. 110'000.– veranschlagt.

Betrachten wir die gesamtschweizerische Entwicklung der Stipendien, so sehen wir, dass diese in den letzten Jahren stark rückläufig waren. Sie sanken um 25 oder 26 Prozent. Der Kanton Schaffhausen ist davon nicht ausgenommen. Wenn wir aufgrund der guten finanziellen Situation der Eltern kein Stipendium bewilligen können, schlagen wir die Inanspruchnahme eines zinslosen Darlehens vor. Sehr oft wollen die jungen Leute von diesem Angebot aber nicht Gebrauch machen, denn sie wollen sich nicht quasi schon verschulden, bevor sie die Ausbildung abgeschlossen haben.

Universitätsstudenten werden gleich behandelt wie die Absolventen von Fachhochschulen. Ist die Ausbildung anerkannt, so werden alle gleich behandelt, auch betragsmässig. Die Stipendien sind davon abhängig, wo die Studierenden ihren Wohnort haben, ob sie diesen wegen der Ausbildung ändern müssen oder ob sie zuhause wohnen können; dazu kom-

men die Einkünfte der Eltern und so weiter. Wir sind aber auch daran, das Stipendienrecht anzupassen, und zwar im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich, wo ja die Kantone weniger für die Sekundarstufe II bekommen. Bereits diese Stufe ist stipendienberechtigt. Wer die Kantonsschule oder eine Lehrstelle besucht, hat auch das Recht auf Stipendien, wenn die Umstände gegeben sind. Wir wollen diesbezüglich eine Anpassung vornehmen, abgestimmt auch auf das Konkordat „Harmonisierte Ausbildungsbeiträge“. Es wird damit versucht, eine Gleichheit unter den Kantonen zu erreichen.

Wir können natürlich nicht mehr Stipendien ausbezahlen, als beantragt werden. Unsere Schulen machen ihre Lernenden aber auf die Möglichkeit von Stipendien aufmerksam.

2296 Informatik-Strategiestelle

Bernhard Egli (ÖBS): Mit dieser gegenüber der KSD einsamen Informatik-Strategiestelle habe ich Mühe beziehungsweise ich durchschaue die Strategie der Regierung nicht. Einerseits soll es eine Strategiestelle sein, was wichtig ist oder wäre, andererseits werden dort Informatikbetriebsteile platziert wie Telefonanlage/Telefongebühren/Telefonservice oder Betriebskosten EDV-Konzern oder dann Projektkosten wie Strafverfolgungsbehörden/Untersuchungsrichteramt, zusammen rund 880'000 Franken. Wird da eine weitere KSD in Kleinformat aufgebaut? Kann mir jemand erklären, wie KSD und Informatik-Strategiestelle gegeneinander positioniert sind?

Charles Gysel (SVP): Es geht mir ähnlich wie Bernhard Egli. Allerdings gehe ich weiter als er. Ich stelle den Antrag, die Strategiestelle sei zu liquidieren beziehungsweise in die KSD zu integrieren. Wir müssen hier neue Wege gehen. Diese Strategiestelle wurde seinerzeit geschaffen, weil man mit der Leitung der KSD nicht zufrieden war. Es wurde immer behauptet, sie sei nicht in der Lage, Strategien zu entwickeln. Deshalb sollte eine separate Strategiestelle geschaffen werden. Nun hat man eine gute Nachfolge für den jetzigen KSD-Chef gefunden. Die Qualifikationen des neuen Chefs sind so gut – zumindest auf dem Papier, aber ich gehe davon aus, dass es weitestgehend stimmt –, dass er sicher in der Lage ist, eine Strategie für die KSD zu entwickeln. Es kann doch nicht sein, dass die Doppelspurigkeit bestehen bleibt.

Würde die KSD ein reiner Verarbeitungsbetrieb bleiben, hätte man nicht einen so hoch qualifizierten Leiter mit einer so guten Ausbildung einstellen müssen. Deshalb beantrage ich, diese Strategiestelle in die KSD zu integrieren und diese natürlich auch neu zu organisieren.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich versuche, alle Fragen zu beantworten, gehe aber zuerst auf Charles Gysel ein, der, so meine ich, von einer falschen Annahme ausgeht. Er glaubt, die Informatik-Strategiestelle sei geschaffen worden, um quasi die schwach dotierte KSD zu unterstützen. Das ist nicht richtig. Ich empfehle, diese Vorlage nochmals anzuschauen.

Die Informatik-Strategiestelle, Bernhard Egli, ist ganz klar eine Stelle, welche die Interessen der kantonalen und der städtischen Verwaltung in den Bereichen der Informatik wahrnimmt. Es ist eine Position, in die sich Stadt und Kanton teilen. Das sehen Sie auch, wenn Sie die Budgetposition betrachten. 45 Prozent der Personalkosten werden uns von der Stadt zurückerstattet. Ich bedaure – wir waren mit der GPK in der KSD und haben uns dort wieder à jour bringen lassen –, dass leider noch immer nicht erkannt wurde, wie die Abläufe zwischen den Dienststellen der kantonalen Verwaltung und der Leistungserbringerin KSD aussehen und funktionieren. Die Informatik-Strategiestelle prüft sämtliche Projekte, die in Bezug auf die Informatik seitens der Verwaltung beantragt werden, ob sie den Anforderungen entsprechen, ob es Synergien mit anderen Projekten innerhalb der Verwaltung gibt. Ich denke an die grossen Projekte bei der Steuerverwaltung (Nest), bei der Grundbuchverwaltung und so weiter. All diese Projekte müssen ja irgendwo vernetzt werden. Da kommt der Informatik-Strategiestelle eine grosse Bedeutung zu. Sie wahrt die Interessen der Bestellerseite im Auftrag der Regierung und des Stadtrates. Ich verweise gern erneut auf die Unterlagen, die wir der GPK schon mehrmals erläutert und abgegeben haben.

Was die Informatik-Strategiestelle (Position 2296, Kommentar auf Seite A 75) im Weiteren anbelangt, so kommen all diese Positionen unter eine neue Finanzstelle „Finanzierungen und Projekte Informatik“. Das ist auch im Bericht der GPK bereits so festgehalten. Es handelt sich bei diesen Positionen um so genannte Konzernprodukte: Telefoniekosten und so weiter, die nicht den einzelnen Dienststellen weiterbelastet werden, unter anderem auch grosszügigerweise diese Position für die Gerichte.

Sogar Bernhard Egli hat erkannt, dass die Informatik-Strategiestelle sinnvoll ist, damit grosse Informatik-Projekte, welche die Verwaltung in Auftrag geben möchte, abgestimmt und geprüft werden.

Nun zum Antrag von Charles Gysel: Ich beantrage Ihnen, diesem Antrag nicht stattzugeben. Wir haben, wie richtig gesagt wurde, die Geschäftsführerstelle der KSD auf den 1. November 2008 neu besetzt. Die Regierung hat mit einem Beschluss nach Abschluss des Projekts „Informatik Schaffhausen“ einen Fachausschuss für die KSD bestellt, mit drei externen Spezialisten. Wir sind zurzeit daran, die Strategie der KSD – welche nicht identisch mit der Strategie der Informatik-Strategiestelle ist – neu zu definieren. In diesem Zusammenhang, auch dies ist ein Auftrag des Re-

gierungsrates und des Stadtrates, ist eben zu überprüfen, wie dieses Gremium oder dieses Organ der Informatik-Strategiestelle künftig aussehen muss. Dies umfasst ja nicht nur die Informatik, sondern auch die ganzen Prozesse des E-Government. Das muss in der Hand der Verwaltung bleiben, das ist keine Aufgabe, die man „einfach“, ohne sie näher zu beleuchten, in das Informatik-Unternehmen überführen kann. Es gilt dabei die Interessen des Auftraggebers einerseits und andererseits desjenigen, der diesen Auftrag erledigt, wahrzunehmen und gesondert zu betrachten.

Diese Aufgabe steht bei uns auf der Traktandenliste für das Jahr 2009. Aber die Informatik-Strategiestelle so einfach in die KSD zu überführen geht nicht, und zwar wegen der grundlegenden Verwechslung, die Charles Gysel unterläuft. Hier geht es um die Informatik-Strategie der kantonalen Verwaltung. Die KSD wiederum führt unsere Aufträge aus.

Iren Eichenberger (ÖBS): Was nicht zur Sprache kam, ist die Tatsache, dass es sich bei der KSD um eine gemeinsame Stelle von Kanton und Stadt handelt. Es wäre nicht statthaft, dass wir einfach kurzfristig etwas beschliessen, sondern es wäre ein langer Prozess, in dem wir mit der Stadt die Modalitäten aushandeln und diskutieren müssten. Im Übrigen bin ich der Meinung, es wäre genau die falsche Stossrichtung, wenn wir die Strategiestelle in die KSD integrieren würden, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel hat die Gründe genannt. Wir von der ÖBS-EVP-Fraktion hatten von Anfang grosse Bedenken, ob diese Stelle überhaupt ihre Wirksamkeit entfalten könne, und zwar wegen der Nähe, die sie zur KSD hat. Ich bitte Sie sehr, den Antrag von Charles Gysel abzulehnen.

Werner Bolli (SVP): Für mich ist jetzt der Salat perfekt. Wir sprechen von Strategien. Es gibt doch eine Strategie, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, und das ist diejenige der KSD. Dazu gibt es allenfalls eine Unterstrategie der Informatikstelle. Aber zwei Strategien auf derselben Ebene, das kann ich nicht nachvollziehen.

Zur Unterstellung dieser Stellen: Der Leiter Informatik muss doch Vorgesetzter der Strategiestelle sein. Der Leiter Informatik berichtet dem Regierungsrat, also Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel. Die Strategiestelle tut das Gleiche. Da gibt es doch Konflikte. Hinzu kommt die Problematik mit der Stadt, Iren Eichenberger hat darauf hingewiesen. Das alles muss doch an einer Stelle oben koordiniert sein, sonst klappt die Führung nicht! Ich möchte dazu eine Erklärung. Übrigens hat man uns damals anderes versprochen, als heute zitiert wird.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Es tut mir sehr leid, wenn der Salat jetzt perfekt ist. Wahrscheinlich wird es schwierig sein, die Sauce wieder von den Blättern zu nehmen. Trotzdem versuche ich nochmals, Ihnen die Sache zu erklären.

Wir haben einerseits eine Strategie der Regierung, wohin diese künftig mit der Informatik gehen will. Diese Interessen nimmt die Informatik-Strategiestelle wahr, auch gegenüber der KSD. Meine Damen und Herren, Sie beklagen sich, auch in Ihren Eintretensvoten, ständig über die Preise der KSD. In dieser Beziehung hat die Informatik-Strategiestelle eben ihre Verantwortung zur Überprüfung wahrzunehmen. Deshalb brauchen wir diese separaten Stellen. Ich würde Sie gern einladen, um Ihnen dies noch näher im Detail zu erklären, damit Sie es verstehen. Aber in einem Unternehmen, Werner Bolli, ist wahrscheinlich auch die Informatik und das, was mit ihr erreicht werden soll, Chefsache. Und dazu gibt es eine Person, die ausführt. Das wiederum kann aber nicht die Person sein, die meine Strategie definiert. Aus diesem Grund haben wir es mit einer zweigeteilten Stelle zu tun.

Alfred Sieber (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ich bin eigentlich mit vielem einverstanden, was Charles Gysel beantragt. Hier jedoch bin ich überhaupt nicht der gleichen Meinung. Charles Gysel pocht doch immer auf die Gewaltentrennung. Er wehrt sich beispielsweise dagegen, dass die Regierung bei der EKS AG im Verwaltungsrat sitzt, den Geschäftsbericht abnimmt und so weiter. Für mich sind die Situationen ähnlich: Die Strategiestelle ist die Vertreterin des Kantons Schaffhausen einerseits und der Stadt Schaffhausen andererseits. Sie hat die Pflicht, im Prinzip das, was bei der KSD in Auftrag gegeben wird, beispielsweise die Offerten, zu überprüfen und das Einverständnis zu geben oder zu verweigern. Genau diese Aufgaben hat die Strategiestelle auszuführen. Und aus diesem Grund darf sie nicht dem Chef der KSD unterstellt sein, sonst wäre sie ja nicht mehr objektiv. Sie ist das Scharnier zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer.

Charles Gysel (SVP): Ich verstehe die Erziehungsdirektorin ein Stück weit schon. Aber: Die Strategie ist doch immer Chefsache. Und hier verstehe ich eben nicht, dass man dann noch von Gewaltentrennung zwischen zwei Verwaltungen spricht, Alfred Sieber. Das kann ich mir schlechthin nicht mehr vorstellen.

Die Regierung soll eine Strategie entwickeln oder bestimmen, wohin wir wollen, und die Fachpersonen der KSD müssen der Regierung Vorschläge unterbreiten und das Genehmigte nachher umsetzen. Alles, was hier geschieht, ist aus meiner Sicht eine Doppelspurigkeit. Man kann natürlich auch sagen, es seien Schnittstellenprobleme, aber genau diese

Schnittstellen muss man ausschalten, damit es funktioniert. Führen ist, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel hat es gesagt, Chefsache. Deshalb muss der Chef oder die Chefin, somit der ganze Regierungsrat, sagen, wohin die Strategie führen soll. Die KSD, die aus hervorragenden Fachleuten besteht, muss umsetzen, was die Strategie bestimmt. Alles andere ist Sisyphusarbeit, weil niemand richtig verantwortlich ist und niemand entscheiden will. Deshalb haben wir diesen Salat.

Christian Heydecker (FDP): Materiell möchte ich mich nicht in diese SVP-Diskussion einmischen. Ich möchte aber von unserem Staatsschreiber wissen, ob wir überhaupt über einen solchen Antrag abstimmen können und dürfen.

Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer (FDP): Charles Gysel, Sie beantragen, die Strategiestelle sei in die KSD zu integrieren. In dieser Form ist dieser Antrag hier nicht am richtigen Ort gestellt. Wenn Sie den Antrag als Auftrag gemäss § 73 der Geschäftsordnung verstanden wissen wollen, müssen Sie ihn bei der Beratung der WoV-Dienststellen vorbringen. Wollen Sie hingegen einfach den Budgetposten „Strategiestelle“ streichen, so können Sie jetzt entsprechend Antrag stellen.

Charles Gysel (SVP): Ich möchte die Informatik-Strategiestelle in die KSD integrieren.

Regierungsrat Erhard Meister: Alfred Sieber hat nicht zum geeigneten Beispiel gegriffen. Im Gesundheitswesen jedoch sieht es analog aus wie bei der Informatik-Strategiestelle: Markus Schärer unterstützt den Regierungsrat und vertritt die Interessen des Kantons gegenüber dem Spital. Dieses erbringt die Leistungen, welche der Kanton bestellt. Wir haben im Weiteren die Koordinationsstelle öffentlicher Verkehr. Bei diesem ist wiederum der Kanton der Besteller. Unterschätzen Sie bitte nicht diese Arbeit, die koordinativ zu leisten ist. Es bewährt sich einfach nicht, wenn die gleiche Person zwei Hüte tragen muss. Wie es in Zukunft ausgestaltet wird, werden Sie sicher erfahren. Stellen Sie jetzt aber die Strategiestelle nicht infrage.

Bernhard Egli (ÖBS): Ich finde die Diskussion wichtig, auch findet sie zum richtigen Zeitpunkt statt. Aber wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wir haben gehört, seit 1. November 2008 gebe es einen neuen Chef der KSD, dazu eine neue Fachkommission, welche die Strategie der KSD analysiere. Wir sollten nicht zu rasch wieder einen Wirbel machen. Diese Gruppe soll aber unsere Diskussion aufnehmen

und überlegen, was zu welcher Stelle gehört, und es in diesen Entwicklungsprozess einbeziehen. Dann wäre es ein Auftrag, der eventuell bei der Beratung der KSD als WoV-Dienststelle angemeldet werden sollte, wenn die Regierung diese Strategiediskussion nicht von sich aus aufnimmt. Die Aufgabe der jetzigen Diskussion wäre dann erfüllt.

Charles Gysel (SVP): Ich bin damit einverstanden.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Vielleicht habe ich mich vorhin zu wenig klar ausgedrückt. Ich habe gesagt: Der Regierungsrat und der Stadtrat haben am 26. Februar 2008 den Auftrag erteilt, es sei zu hinterfragen, wie diese Informatik-Strategiestelle künftig auszugestalten sei und wo die Nahtstellen seien. Sie brauchen uns den Auftrag nicht zu erteilen, wir haben es längst selbst erkannt.

Werner Bächtold (SP): Mir geht es wie Christian Heydecker, ich möchte mich in diese SVP-Geschichte ebenfalls nicht einmischen. Aber wir können doch nicht einfach so hemdärmlig Aufträge erteilen! Dazu gibt es definierte Vorstösse, aber es geht doch nicht mit „ich hätte gern, dass man jetzt würde ...“ Sonst habe ich dann auch noch ein paar Wünsche anzumelden. Es muss eine Motion oder ein Postulat eingereicht werden.

Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer (FDP): Bei den WoV-Dienststellen ist eine solche Auftragserteilung eben möglich. Ich zitiere Ihnen § 73 der Geschäftsordnung des Kantonsrates: „¹ Auf Antrag eines Ratsmitgliedes oder einer Kommission kann der Kantonsrat dem Regierungsrat in einem mit Globalbudget versehenen Verwaltungsbereich einen Auftrag erteilen. Dieser kann traktandiert oder bei der Behandlung eines Geschäfts gestellt werden.

² Der Auftrag verpflichtet den Regierungsrat, die Angelegenheit zu überprüfen und soweit möglich im Sinne des Auftrages tätig zu werden. Seine Entscheidungsbefugnis wird durch den Auftrag nicht beschränkt.“

23 Baudepartement

2300 Sekretariat

365.0043 Beitrag an die Interessengemeinschaft Rheinflall

Andreas Gnädinger (JSVP): Lustigerweise ist der Betrag von sage und schreibe Fr. 100'000.– unter dem Titel „Sekretariat des Baudepartements“ verbucht. Man könnte sich fragen, ob der Sekretär des Baudepartements hier einen Nebenverdienst generiert. Das ist aber wohl nicht anzunehmen. Erstaunt entnimmt man dem Kommentar zu dieser Posi-

tion, dass es sich um einen jährlich wiederkehrenden Beitrag an eine Interessengemeinschaft – einen privaten Verein also, wie ich annehmen muss – handelt. Das war es dann aber auch schon mit dem Kommentar. Weshalb man einer Interessengemeinschaft aus der normalen Staatsrechnung à fonds perdu einen Betrag ausrichten soll, mit dem man sich ein Luxusauto mit allen Extravaganzen kaufen könnte, hält der Regierungsrat anscheinend nicht für kommentarwürdig. Da muss eine geniale Vereinigung am Werk sein, womit mich nun der Leistungsausweis dieser Vereinigung interessieren würde.

Der Betrag, der zu allem Unheil auch noch wiederkehrend sein soll, scheint mit Fr. 100'000.– überrissen zu sein, besonders dann, wenn sich die Regierung scheut, im Budget den Verwendungszweck zu deklarieren. Will man die jährlich wiederkehrenden Marketing-Ausgaben für „Ein kleines Paradies“ in der Höhe von Fr. 500'000.– nun noch durch eine jährlich wiederkehrende 100'000-Franken-Vermarktung von Rheinflusswasser ergänzen? Das wären wirklich paradiesische Zustände.

Soll ein Rheinflusswärter eingestellt werden oder will der Regierungsrat nun einfach eine zusätzliche Stelle an einen privaten Verein auslagern und natürlich auch bezahlen? Vieles scheint möglich, wenig aber angebracht. Was wir sicherlich nicht brauchen, ist eine weitere vom Kanton finanzierte Marketingorganisation. Für den Tourismus wäre die Tourismusförderung, für irgendwelche Bauprojekte die Gemeinde Neuhausen und von mir aus noch das Baudepartement selbst zuständig. Vielleicht könnten noch das alte Regierungsratskässeli „Lotteriegewinnfonds“ oder das neue Regierungsratskässeli „Generationenfonds“ angezapft werden. Kaum aber wäre eine private Vereinigung zu finanzieren, in die ungesehen und jährlich wiederkehrend Geld aus der Rechnung des Kantons Schaffhausen fliesst, womit das Geld der Überwachung des Kantonsrats entzogen wäre.

Ich bitte den Regierungsrat, sich zu erklären: 1. Weshalb ist der Betrag ausgerechnet hier zu finden? 2. Was rechtfertigt es, einen solch hohen Betrag einer privaten Vereinigung zuzusprechen? 3. Wie will die Interessengemeinschaft das Geld einsetzen? 4. Hat der Regierungsrat Einsitz in diesem Gremium und wer ist dort federführend?

Ich behalte mir vor, hier einen Streichungsantrag zu stellen, sollte die Antwort nicht befriedigend ausfallen. Dann könnte immer noch das Regierungsratskässeli benutzt werden. Dagegen kann ich mich leider nicht wehren.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich orientiere Sie gern über die Aktivitäten am Rheinfluss und bitte Sie um Nachsicht, wenn der Kommentar im Budget ein bisschen schwach oder flach ausgefallen ist. Wir haben ja in der Ver-

gangenheit des Öfteren gegenüber den Medien und in der Öffentlichkeit darüber informiert, was am Rheinfall geplant ist.

Eine Vorbemerkung: Beim Rheinfall handelt es sich um eine Naturperle in der schweizerischen Tourismuslandschaft. Er ist die wichtigste und am stärksten frequentierte Touristenattraktion zwischen dem Bodensee, dem süddeutschen Raum, Basel und Zürich. Obwohl er ein solcher Magnet ist, befindet sich der Rheinfall nicht im Kernangebot von Schweiz Tourismus. Wir haben am Rheinfall eine völlig ungenügende Wertschöpfung. Wir haben dort das Hoheitsgebiet und verfügen mit dem Schössli Wörth und dem Restaurant Park über zwei Liegenschaften, die im Besitz des Kantons sind, für deren Unterhalt er also aufkommen muss. Deshalb ist es unbedingt nötig, dass wir den Rheinfall wieder zu dem machen, was er verdient. Das sind wir dem Rheinfall schuldig.

Zurzeit haben wir am Rheinfall rund 1 Million Besucher pro Jahr. Andere Quellen sprechen von 0,7 Millionen Besuchern auf Schaffhauser Seite. Wir haben am Rheinfall einen Umsatz von rund 11 Millionen Franken, was durchschnittlich gut Fr. 15.– ausmacht, die von jeder Person ausgegeben werden. Es kommen viele Cars. Das Fahrzeug wird parkiert, die Besucher gehen kurz an den Rheinfallquai, schießen ein Foto, konsumieren nichts, hinterlassen höchstens noch Abfall und gehen wieder davon. Das darf nicht sein! Schaffhausen kann aus diesem touristischen Leuchtturm – neben Stein am Rhein selbstverständlich, wo auch Verschönerungsmassnahmen vorgenommen werden – mehr machen. Wenn es uns gelingt, dass jeder dieser Besucher nur schon für Fr. 2.– mehr konsumiert, einen Kaffee mehr trinkt, so ergäbe dies bereits 2,8 Millionen Franken. Wenn es uns also gelingt, die Leute länger am Rheinfall zu halten, und wenn sie auch konsumieren, kommt auch etwas retour. Und das ist ja Sinn und Zweck des Projekts Rheinfall.

Es gab vor einigen Jahren grosse Rheinfall-Projekte, auch die Wirtschaftsförderung war beteiligt. Diese wollten allesamt nicht so richtig funktionieren. Nun sind wir daran, Schritt für Schritt den Rheinfall wieder aufzuwerten. Dies zusammen mit der Gemeinde Neuhausen – das hat schon früher gut geklappt –, mit der Kantonalen Pensionskasse und vor allem auch mit dem Kanton Zürich.

Und damit sind wir bei der IG Rheinfall. Der Kanton Zürich zieht zusammen mit der Schaffhauser Seite am gleichen Strick. Das ist das erste Mal, dass wir dies fertig gebracht haben. Der Kanton Zürich investiert momentan in die Gesamtanierung des Schlosses Laufen 12 Millionen Franken. Der Zürcher Regierungsrat konnte diese Summe übrigens in eigener Kompetenz bewilligen. Daraus ersehen Sie, wie es im Kanton Zürich und im Kanton Schaffhausen läuft. Dafür ist bei uns die Mitsprache des Kantonsrates besser gewährleistet.

Was ist nun mit diesem Budgetbetrag von Fr. 100'000.– vorgesehen? Die IG Rheinfall hat sich aus den Kantonen Zürich und Schaffhausen, der Kantonalen Pensionskasse Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen gebildet. Die IG ist eine einfache Gesellschaft, deren Vorsitzender der Sprechende ist. Angesiedelt ist das Geschäft beim Baudepartement, weshalb der Betrag auch unter diesem budgetiert ist. Das Projekt steht unter der Ägide des Baudepartements, weil es um Liegenschaften und um den Rheinfallquai geht. Bei diesen Fragen ist der Baudirektor federführend.

Wir bezahlen mit diesem Betrag 2009 den „Mister Rheinfall“, eine Anlaufstelle in der Person von Mäni Frei. Diese Anlaufstelle ist absolut notwendig, denn Schaffhausen Tourismus hat keine Ressourcen zur Übernahme dieser Aufgaben. Es geht unter anderem um die Signaletik, um eine bessere Wegführung. Sehen Sie sich einmal an, wie die Signale um den Rheinfall aufgestellt sind. Neue Abfallbehältnisse müssen platziert werden. Der Internet-Auftritt muss optimiert werden. Der Kanton Schaffhausen zahlt an diese Aufwendungen 45 Prozent, welche diesen Fr. 100'000.– entsprechen.

Daneben sind wir daran, langfristige Projekte zu realisieren. Das Fischorama ist ein Beispiel. Dann wollen wir einen neuen Zugang zum Rheinfall realisieren. Es gibt viele Möglichkeiten zur Aufwertung des Rheinfalls.

Ich bitte Sie, diesen dringend nötigen Beitrag zu sprechen. Sie können jedes Jahr Rechenschaft verlangen, und wenn Sie das Gefühl haben, es laufe zu wenig am Rheinfall, können Sie auch Modifikationen vornehmen. Es gilt für diesen Betrag also nicht: Einmal bewilligt, immer bewilligt.

Andreas Gnädinger (JSVP): Meiner Meinung nach handelt es sich klar um ein Tourismusthema, dem sich die Tourismusförderung zu widmen hat. Ich sehe nicht ein, weshalb hier eine separate IG konstruiert wird. Das heisst, konstruiert könnte sie ja noch werden, aber ich sehe nicht ein, weshalb hier ein separates Kässeli installiert werden soll. In Bezug auf einen „Mister Rheinfall“ kann man sich streiten, ob dieser sinnvoll ist. Das soll letztlich aber ebenfalls die Tourismusförderung entscheiden. Ich stelle den Antrag auf Streichung und überlasse es wie gesagt dem Regierungsrat, ob er Geld aus dem Lotteriegewinnfonds sprechen soll. .

Thomas Stamm (SVP): Ich verlängere die SVP-Debatte nicht gern, bitte Sie jedoch, den Antrag von Andreas Gnädinger abzulehnen.

Begründung: 1. Es gibt Strukturen, die wir nicht kurzfristig ändern können. Schaffhausen Tourismus ist eine Organisation; wir können sie nicht mit dem Auftrag belasten, zusätzlich über die Kantongrenze hinaus für den Rheinfall zu werben. Die Lösung, die man gesucht und gefunden hat, ist sinnvoll. 2. Es besteht wirklich Handlungsbedarf. Wenn wir jetzt wieder

Nein sagen, stoppen wir erneut einen Prozess, der angelaufen ist und gute Chancen hat, endlich zu einem Ergebnis zu führen. Es gibt in diesem Kanton Schränke voller Projekte für den Rheinflall! Dies, weil man zu viel wollte. Jetzt will man wenig. Lassen Sie das Projekt starten.

Jürg Tanner (SP): Am liebsten würde ich beantragen: Stellen Sie Mäni Frei doch als kantonalen Angestellten an. Es hat mich nicht erstaunt, dass er wieder partizipiert. Ich verstehe den Antrag von Andreas Gnädinger. Ich war Mitglied der Kommission „Totalrevision des Tourismusgesetzes“ und habe gesehen, was wir da bereits bezahlen. Das ist exorbitant! Ich verstehe es nicht ganz. Was ich aber überhaupt nicht nachvollziehen kann: Erneut werden aus einem separaten Kässeli derartige Werbeausgaben beschlossen. Ich werde dem Antrag Gnädinger zustimmen.

Willi Josel (SVP): Zahllose Untersuchungen wurden schon durchgeführt, alles wurde geprüft. Aber geschehen ist nie etwas. Nun ist es so weit: Man will etwas tun. Es geht nicht darum, irgendeine Stelle zu schaffen, sondern es geht um die Umsetzung dessen, was beschlossen wurde. Wir haben am Rheinflall absolut keine Wertschöpfung, die Leute gehen hin und überlassen uns den Dreck. Wir haben nichts davon. Wir haben in der Gemeinde Neuhausen einigen Expertisen zugestimmt. Plötzlich gab es einen Konsens über alle Parteien hinweg und es hiess: Schluss mit den Expertisen und den Untersuchungen, jetzt müssen wir Nägel mit Köpfen machen. Mit dieser Interessengemeinschaft haben wir erreicht, dass wir den Kanton Schaffhausen und den Kanton Zürich sowie die Gemeinde Neuhausen dabei haben.

Diese Koordinationsstelle – es handelt sich nicht um eine Werbestelle – bündelt alles. Es kann nie funktionieren, wenn verschiedene Verantwortliche da sind. Das führt zu Schnittstellenproblemen (jetzt verwende auch ich schon dieses Wort). Es braucht eine Vereinheitlichung, eine Koordination. Ziel ist es, den attraktiven Rheinflall so attraktiv zu machen, dass auch wir etwas dabei verdienen. Diese einzige Stelle ist nötig. Viele Köche verderben den Brei, also lassen Sie bitte diesen Betrag im Budget. Nur so können wir eine Verbesserung in Sachen Rheinflall erreichen.

Stephan Rawyler (FDP): Ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag von Andreas Gnädinger abzulehnen. Wir alle sind aufgerufen, mit dem unserem Kanton anvertrauten Gut sorgfältig umzugehen. Dass der Rheinflall zum grössten Teil der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall gehört, ist lediglich ein Gerücht. In Tat und Wahrheit ist der Kanton Schaffhausen der grösste Grundeigentümer am Rheinflall. Wir als Kantonsvertreter haben ein vitales Interesse daran, dass der Rheinflall funktioniert, dass er auch eine

gewisse Rendite abwirft. Ich erinnere daran: Das Schlösschen Wörth gehört dem Kanton Schaffhausen. Dieses soll nicht zu einer Non-profit-Organisation werden. Die Kantonale Pensionskasse ist Eigentümerin des Restaurants Park. Sie haben den Medien entnehmen können, wie es um die Pensionskasse steht; diese ist froh um jeden Franken. Hier muss etwas getan werden.

Die IG Rheinfall ist nicht eine Werbeorganisation, sondern die Vereinigung der Grundeigentümer am Rheinfall. Erstmals sind alle Grundeigentümer in einer Organisation vereinigt und bündeln ihre Anstrengungen. Während Jahrhunderten war das nicht möglich. Zeitweilig hat man mehr gegeneinander als miteinander gearbeitet. Nun sind wir erstmals an einem Punkt, wo wir miteinander arbeiten. Ich bitte Sie, torpedieren Sie diese Anstrengungen nicht wieder, sondern geben Sie dem Rheinfall und auch dem „Mister Rheinfall“ eine Chance. Es wird keine Werbeagentur aufgezogen, sondern es geht um Marketing, um die Umsetzung der einzelnen Projekte und auch darum, dass man überhaupt zum ersten Mal eine Ansprechperson hat, wenn man am Rheinfall etwas realisieren will.

Die Touristen interessiert es doch nicht, ob der Rheinfall im Kanton Zürich oder im Kanton Schaffhausen liegt, ob sie auf einer Parkbank sitzen, die dem Kanton Schaffhausen, der Pensionskasse oder der Gemeinde Neuhausen gehört. Man will am Rheinfall eine gute Zeit verbringen. Das ist das Ziel. Und das erreichen wir nur, wenn wir den Rheinfall wieder attraktiver machen, wenn wir die Naturschönheit wieder herauschälen und in den Vordergrund stellen. Dazu braucht es jetzt aber Investitionen.

Daniel Fischer (SP): Seit 3 oder 4 Jahren sprechen wir über dieses Rheinfallprojekt. Und es passiert praktisch nichts. Langsam wird das Rheinfallprojekt zu einem Reinformprojekt. Und zeitweilig wird aus einer Touristenattraktion eine Juristenattraktion. Da wird gestritten und debattiert, wie es funktionieren sollte. Tut doch endlich etwas! Regierungsrat Reto Dubach, Sie sind seit Jahren in dieser Arbeitsgruppe und mit diesem Projekt beschäftigt, es ist jetzt an der Zeit, dass etwas getan wird und Nägel mit Köpfen gemacht werden. Ich habe keine Lust, jedes Jahr Fr. 100'000.– für eine Anlaufstelle von Mäni Frei zu bewilligen. Jetzt muss es vorwärts gehen.

Peter Gloor (SP): Wir sind jetzt im Zieleinlauf beim Rheinfall. Ich habe ungefähr 1988 den ersten Vorstoss gemacht, man solle mal ein bisschen Wertschöpfung aus dem Rheinfall ziehen. Belassen Sie bitte diesen Betrag im Budget. Der damalige Gemeindepräsident von Neuhausen und nachmalige Regierungsrat Hans-Peter Lenherr sagte, das gehe nicht, und zwar wegen der vielen Hürden, die in den Gesetzen bestünden. Anscheinend sind die Hürden genommen, jetzt bleibt uns nur noch diese.

Gerold Meier (FDP): Ich möchte noch festhalten, dass der Rheinflall läuft, auch wenn man kein Geld dafür aufwirft. Aber wenn man schon davon spricht, dass es sich um ein wirtschaftliches Unternehmen handeln soll, an dem wir mit 45 Prozent beteiligt sind, möchte ich wissen: Wo ist die Rendite?

Regierungsrat Reto Dubach: Der Rheinflall, sagt Gerold Meier, läuft auch, wenn man nichts macht. Das genügt heutzutage einfach nicht mehr. Die Leute kommen nicht mehr allein deswegen, weil der Rheinflall läuft. Ich appelliere an Sie: Hier haben Sie die Chance, für Schaffhausen eine Perle zu schaffen. Packen Sie diese Gelegenheit. Die Perle existiert im Moment nicht mehr. Wir haben gelernt, dass wir, wenn wir von Standortattraktivität sprechen, vor allem auch solche Produkte entwickeln müssen, mit denen Schaffhausen einmalig ist. Es gibt keinen Rheinflall in Zürich! Es gibt keinen Rheinflall in der Innerschweiz. Nur hier gibt es ihn. Und die Leute sollen hierher kommen. Deshalb bitte ich Sie: Springen Sie über Ihren Schatten. Und auch wenn die Person des „Mister Rheinflall“ nicht allen passt, muss ich doch sagen: Es geht hier nicht um Personen. Es geht um das Unternehmen Rheinflall, da hat Gerold Meier Recht. Es geht nicht um allgemeine Tourismusförderung, weswegen Schaffhausen Tourismus auch nicht die richtige Stelle dafür ist. Es gilt, ein Unternehmen zum Erfolg zu führen, das Unternehmen Rheinflall. Auch beim Unternehmen Ballenberg brauchte es einen Manager, eine Art Parkdirektor. Hier ist es eben ein Rheinflalldirektor. Es geht nicht um reine Vermarktung, sondern um gute Produktentwicklung, um zusätzliche Angebote, die geschaffen werden.

Ich gebe Daniel Fischer Recht: Es hat lange gedauert, aber wir sind im jetzigen Fall einen ganz anderen Weg als bisher gegangen. Wir haben nicht einfach ein Gesamtkonzept erarbeitet und auf den Tisch geknallt mit den Worten: „nimm oder lass es bleiben“, sondern wir haben einen Prozess von unten mit allen Beteiligten begonnen. In der Begleitgruppe waren auch die Umweltorganisationen dabei, die Gemeinde Neuhausen war vertreten, und vor allem haben wir den Kanton Zürich ins Boot geholt. Zürich zu motivieren, sich am Rheinflall ebenfalls zu engagieren, benötigte übrigens viel Zeit. Jetzt bin ich zuversichtlich.

Matthias Freivogel (SP): Ich vernehme Ihr flammendes Votum gern, Regierungsrat Reto Dubach. Aber ich habe so etwas bereits in Bezug auf den Umbau des Kantonsratssaals gehört und musste feststellen, wie kläglich das Ganze letztlich herausgekommen ist.

Wir müssen den Rheinflall neu erlebbar machen. Da reicht es nicht, wenn wir einen „Mister Rheinflall“ haben, der Auskunft gibt, wann das Wasser abgestellt wird. Wir brauchen etwas Neues. Es genügt nicht, wenn wir ein

paar Tausend Franken in die Hand nehmen und wenn jemand den Rheinfall etwas süffiger verkauft. Es braucht ein Projekt! Und wenn ich nichts mehr davon höre, so fehlt für mich einfach die Fantasie und auch der Mut. Die Leute sollen nicht nur an den Rheinfall kommen, weil das Wasser fulminant hinunterfließt, sondern weil man den Rheinfall nach den neusten Gesichtspunkten erleben muss. Es braucht ein „Erlebnis Rheinfall“. Man darf sich auch nicht scheuen, etwas Neues auf die Beine zu stellen. Vielleicht sollte man mit einer Seilbahn der modernsten Art über den Rheinfall schweben können. Da müssen die Zürcher halt mitmachen. Und wenn Sie die Seilbahn in 50 Jahren nicht mehr wollen, so können Sie sie wieder demontieren. Aber Sie müssen den Leuten, die unser Naturschauspiel erleben wollen, etwas Neues bieten. Es reicht nicht, wenn Sie die Parkbänke grün anmalen.

Franz Hostettmann (SVP): Ich habe meine liebe Mühe mit dem „Mister Rheinfall“. Wir haben auch in Stein am Rhein Projekte, und die ziehen wir durch. Wir projektieren wenig, aber setzen mehr um.

Ich zitiere aus dem Bericht des Touristikers Jan von Trott: „Die Ursachen für diese fehlende Vermarktung sind vielfältig: 1. Da der Rheinfall ganz überwiegend keine Nächtigungen produziert, fehlt scheinbar das Interesse konkret Beteiligter an einer Vermarktung.“ Das, Regierungsrat Reto Dubach, ist eine Tatsache: Wir hatten Mühe, die Gastwirte am Rheinfall zu motivieren, überhaupt einen Beitrag an Schaffhausen Tourismus zu leisten.

Im Weiteren schreibt der Touristikfachmann: „Niemand ist wirklich zuständig. Der Rheinfall wurde allzu lange als ‚natürlich sich vermarktendes Produkt‘ angenommen.“ Man hat nichts getan. Ich habe in dieser IG mitgearbeitet und war an einigen Sitzungen dabei. Wir, Herr Regierungsrat, können so nicht arbeiten. Es war ja sinnlos, an diesen Sitzungen überhaupt teilzunehmen. Hoffentlich hat sich das nun geändert.

Jan von Trott fährt fort: „Der Zustand des umgebenden Geländes entspricht diesem Anspruch aber leider nur begrenzt. Die Gebäude sind mit Ausnahme des Schlössli Wörth und des Infozentrums teilweise in beklagenswertem Zustand, Abfall liegt herum, die Grünflächen sind verwildert und teilweise mit Abfällen kontaminiert. Die vorhandenen Schnellrestaurants strahlen zum Teil Billigkeit und Unsauberkeit aus. Durch die eben erfolgte Gründung der ‚IG Rheinfall‘ besteht hier Hoffnung auf Besserung.“

Franz Baumann (CVP): Ich bin als Vertreter der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall Mitglied dieser IG Rheinfall. Mit dieser IG haben wir die erste Chance, am Rheinfall tatsächlich etwas realisieren zu können. Man redet schon seit 20 Jahren davon, was man alles will und soll, und wir

haben viel Geld ausgegeben. Ich war einer der Verfechter dessen, dass jemand wie der „Mister Rheinfall“ kommt – ich spreche nicht von der eigentlichen Person –, damit eine Ansprechperson vorhanden ist und am Rheinfall koordiniert etwas geschieht. Früher waren es die Gemeinde Neuhausen, der Kanton und der Forst, und jeder verhinderte, dass der andere etwas tun konnte. Das wollen wir mit der IG Rheinfall nicht. Ohne Geld aber geht gar nichts. Ich bitte Sie, den Antrag von Andreas Gnädinger abzulehnen.

Urs Capaul (ÖBS): Wie wir gehört haben, soll ein Erlebnistourismus an den Rheinfall gebracht werden. Das ist ein grosses Problem. Der Rheinfall lebt vom Rheinfall, von den Naturgegebenheiten. Da können wir nicht ein Rambazamba mit Bungee Jumping, Gummibootflitzen und Gummientchenrennen veranstalten. Dann verliert die Qualität des Rheinfalls viel von ihrem Wert. Es braucht also tatsächlich ein Konzept, das umgesetzt werden kann. Und dazu gehört natürlich auch ein bisschen Geld. Fragwürdig finde ich am Ganzen, dass mit dem Geld immer die gleichen Stellen zum Zuge kommen, ich denke auch ans „kleine Paradies“. Diesbezüglich habe ich meine Bedenken. An und für sich braucht es aber Geld. Ich war vorhin noch ein wenig gespalten, werde nun aber den Antrag ablehnen.

Abstimmung

Mit 52 : 11 wird der Streichungsantrag von Andreas Gnädinger abgelehnt.

2375 Öffentlicher Verkehr

360.0500 Staatsbeitrag an die ungedeckten Kosten des Regionalverkehrs der SBB

Martin Kessler (FDP): In der Rechnung 2007 war ein Betrag von 1,6 Millionen Franken eingesetzt, für den Voranschlag 2008 wurde dieser Betrag um die nette Summe von 1 Million Franken aufgestockt. Für den Voranschlag 2009 wurden erneut Fr. 200'000.– mehr eingesetzt. Ich bestreite die Notwendigkeit nicht. Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Verkehr, und dass dieser Kosten verursacht, ist mir ebenfalls klar. Es wird alles ja auch mit Mehrleistungen begründet. Was geschieht aber mit den Minderleistungen? Vor Kurzem haben die SBB bekannt gegeben, dass die Fahrzeit mit dem Schnellzug von Zürich nach Schaffhausen um 4 Minuten verlängert wird. Die Schnellzüge müssen hinter der S-Bahn her schleichen. Die Anbindung in Zürich ist verschoben, es kommt zu Ver-

schlechterungen. Die modernen Cisalpino- oder ICE-Züge werden teilweise wieder durch veraltetes, unbequemes, holpriges Rollmaterial ersetzt, und nach wie vor hat es in den Stosszeiten zu wenig Sitzplätze. Mir ist jedoch nicht bekannt, dass die Kunden Stehplätze buchen.

Gibt es nun, Herr Baudirektor, für diese Minderleistungen Gutschriften? Ansonsten schlage ich vor, dass wir die Fr. 200'000.– auf ein Sperrkonto einzahlen, bis zumindest vernünftiges Rollmaterial eingesetzt wird oder ein anständiger Rabatt ausgehandelt ist.

Regierungsrat Reto Dubach: Martin Kessler bezieht sich auf den Ausbau des Angebots auf der Strecke Schaffhausen–Zürich. Nach meiner Meinung und auch nach derjenigen des Regierungsrates haben wir insofern einen Verhandlungserfolg erzielt, als wir am Morgen neu um 07.30 Uhr eine zusätzliche schnelle Verbindung nach Zürich bekommen haben. Damit haben wir ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2008 zu den Berufsverkehrszeiten praktisch einen Halbstundentakt, zumindest einen Takt, der einem Halbstundentakt schon recht ähnlich sieht. Wir haben immer wieder gesagt, der Halbstundentakt sei unser grosses Ziel. Ich bin auch ganz überzeugt davon, dass dies zu den vordringlichsten Aufgaben gehört.

Wenn wir heute zu verhandeln beginnen, so gestalten sich die Verhandlungen mit den SBB schwierig, denn mit der bestehenden Infrastruktur sind Lösungen nur noch unter Schwierigkeiten zu erarbeiten. Von daher ist es nicht möglich, einen ordentlichen Halbstundentakt Schaffhausen–Zürich für den ganzen Tag einzuführen, ohne dass die Infrastruktur ausgebaut wird. Immerhin sehen wir Licht im Tunnel, die Bauarbeiten wurden aufgenommen. Der Halbstundentakt sollte demnach ordentlicherweise auf 2012 eingeführt werden können. In der Zwischenzeit leben wir von den Zwischenlösungen. Die Verbindung um 07.30 Uhr ist eine solche. 2010 versuchen wir den Halbstundentakt auch zu den abendlichen Spitzenzeiten von Zürich nach Schaffhausen zu realisieren. Schrittweise nähern wir uns dem Ziel.

Zudem ärgere ich mich über das, was momentan mit der DB abläuft. Es ist ein Trauerspiel, was da abgeht! Ich habe mir anlässlich einer Zugtaufe gestattet, einige kritische Worte zu äussern, was zu harschen Reaktionen geführt hat. In der Folge habe ich mit dem Konzernleitungsverantwortlichen Klingenberg ein Treffen in Schaffhausen abgemacht, das dieser äusserst kurzfristig „wegen Hektik im Betrieb“ absagen musste. Er konnte nicht nach Schaffhausen kommen, und wir müssen anderweitig Kontakt aufnehmen. Ihren Ärger, Martin Kessler, verstehe ich voll und ganz, aber ich glaube trotzdem, dass wir auf dieser Schiene weiterfahren müssen.

2371 Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (WoV)

Werner Bolli (SVP): Mir wurde zugetragen, die Pensionskasse der Schifffahrtsgesellschaften – die Ascom, wo wir auch mit Personal beteiligt sind – habe eine massive Unterdeckung und die Regierung beabsichtige, diese mitzufinanzieren beziehungsweise zu sanieren.

Ist dafür irgendwo im Budget etwas vorgesehen? Wenn ja, wie viel? Wie gedenkt sich der Regierungsrat einzubringen und mitzuhelfen, diese Kasse zu sanieren?

Regierungsrat Reto Dubach: Der Beitrag an die URh ist unter Position 364.0005 „Abgeltung Ausflugsverkehr“ aufgeführt. Diese Fr. 80'000.– sind der ordentliche Beitrag. Die URh ist bei der Pensionskasse Ascom untergebracht. Diese ist die Kasse für viele Unternehmen des öffentlichen Verkehrs. Sie wurde ein Sanierungsfall, einerseits durch den Börsencrash, andererseits durch gewisse Mängel im Management. Zurzeit hat die URh eine Deckungslücke in Millionenhöhe. Von daher besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Wir – das heisst die URh mit den Kantonen Schaffhausen und Thurgau – sind am Überlegen, wie diese Ausfinanzierung erfolgen könnte. Es finden Gespräche und Abklärungen statt, ob und wie die Ausfinanzierung erfolgen kann und wer dafür zuständig ist. Es bestehen noch Darlehen; Schaffhausen hat gegenüber der URh ein Darlehen von 1 Million Franken. Eventuell muss tatsächlich ein Beitrag gesprochen werden. Es kann aber auch das Aktienkapital angehoben werden.

Die Pensionskasse ist das Eine, andererseits braucht es gleichzeitig aber auch finanzielle Mittel für gewisse Investitionen; die Sanierung eines Schiffs steht an. Ich werde Sie, insbesondere die GPK, über die Ergebnisse unserer Abklärungen orientieren.

2405 Wirtschaftsförderung

318.5069 Imagekampagne Schaffhausen

Franziska Brenn (SP): Ich ergreife die Gelegenheit, meinen Unmut oder mein Unbehagen hinsichtlich des „kleinen Paradieses“ auszudrücken. Ich selbst habe Mühe damit, in einem kleinen Paradies leben zu sollen. Ein Paradies ist ein in sich geschlossenes System. Bis anhin habe ich immer wieder gehört, wir sollten uns den internationalen Märkten öffnen und möchten auf dem Parkett der Globalisierung mittanzeln.

Zum Paradies: Wir haben den grössten Wasserfall Europas; das grüne Randengebiet ist weitläufig; der Rheinabschnitt zwischen Stein am Rhein und Schaffhausen gilt als der naturnaheste Abschnitt des Rheinlaufs. Paradiesisch ist das wirklich. Aber klein? „Kleines Paradies“ tönt verniedli-

chend. Oder ist es ironisch gemeint? Heute wurde es jedenfalls oft entsprechend eingesetzt. Für mich knüpft es an den vor 40 Jahren schön geschriebenen Song „Blos e chliini Stadt“ an. Das war aber vor 40 Jahren, und damals war die Welt ennet dem Rhein noch sehr heil. Das „kleine Paradies“ impliziert das Gegenteil von Weltoffenheit, das Gegenteil von Aufbruch, das Gegenteil von „ja, wir können“.

Die Imagekampagne startet mit Fr. 500'000.–. Wie lange dauert diese „mehrjährige multimediale Imagekampagne“? Wie viel Geld wird dafür noch eingesetzt?

Iren Eichenberger (ÖBS): Ich spreche ebenfalls zum „kleinen Paradies“. Ich mag auch nicht von morgens um 8 bis mittags um 12 und von 1 bis Feierabend frohlocken! Das liegt mir gar nicht. Zudem scheint mir das Motto sehr beliebig zu sein.

Warum oder wie ging die Vergabe an die heute bereits erwähnte Firma Frei und Partner? Gab es zu dieser Kampagne eine Ausschreibung? Was ist in diesem Betrag allenfalls sonst noch enthalten? Wie ist es für die Folgejahre gedacht? Werden jedes Jahr Fr. 500'000.–, wie ich annehme, an die Firma Frei und Partner fliessen?

Regierungsrat Erhard Meister: Ich beginne von vorn, also nicht bei den Fr. 500'000.–, sondern bei der Situation des Kantons Schaffhausen. Weshalb haben wir heute eine so gute Budgetsituation? Weshalb können wir uns grosse Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, in den Bildungsbereich und so weiter leisten? Klar, die wirtschaftliche Lage war in den letzten paar Jahren besser, aber entscheidend war, was wir über die Wirtschaftsförderung erreicht haben: Zusätzliche Unternehmen sind in die Region gekommen, haben zusätzliche Steuern bezahlt und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Und es wohnen zusätzliche Leute hier, die konsumieren und investieren. Ich weise Sie auf diese Realität hin.

Ein weiterer Fakt: In Schaffhausen sterben mehr Menschen, als geboren werden. Wir brauchen, was die Bevölkerung angeht, ein qualitatives Wachstum. Wahrscheinlich schaffen wir das nicht aus eigener Kraft. Wir sind darauf angewiesen, dass zusätzliche Leute nach Schaffhausen kommen. Ich hoffe, in diesen Punkten sind wir uns einig.

Wie erreichen wir diesen Zuzug? Wir tätigen verschiedene Investitionen, verbessern die Anbindung an Zürich, wir sorgen dafür, dass wir steuerlich konkurrenzfähiger werden, wir investieren in den Bildungsstandort. Aber die übrige Schweiz erfährt von all unseren Anstrengungen gar nichts. Wenn wir also wollen, dass Leute nach Schaffhausen kommen, müssen wir diese überzeugen, dass hier der richtige Ort für ihren Wohnsitz ist.

Wollen Sie Werbung machen, so müssen Sie doch dort ansetzen, wo Sie ihre Stärken haben. Iren Eichenberger und Franziska Brenn haben es

schön gesagt: Wir sind an einem wunderbaren Ort zuhause. Es gibt allerdings auch noch andere wunderbare Orte. Jeder Werber weiss, dass man mit einer einzigen Botschaft kommen muss; man kann die Botschaft nicht beliebig ändern. Deshalb haben wir am Schluss diesem Slogan „Schaffhausen. Ein kleines Paradies“ zugestimmt. Wir sind klein, wir sind in den letzten 40 Jahren nicht grösser geworden. Der Song von Dieter Wiesmann mutet tatsächlich ein wenig altbacken an. Faktum ist nichtsdestotrotz: Wir sind ein wahnsinnig kleines Gebiet. Hätten wir uns als „Paradies“ bezeichnet, so hätten die anderen dies als übertrieben empfunden. Wir sagen also nur, wir seien „ein kleines Paradies“.

Zum Wort Paradies: Wir leben in einer Landschaft, die wir in ganz verschiedenen Bereichen miteinander gestalten. Es ist letztlich ein grosser Garten. Was bei uns besonders heraussticht, ist eben nicht die steuerliche Konkurrenzfähigkeit, sondern es sind die beiden heimeligen Städte Schaffhausen und Stein am Rhein. Wir erwecken ja wirklich nicht den Eindruck, als seien wir ein sehr modernes und peppiges Wirtschaftszentrum. Bei uns zählen die angestammten Werte. Wir haben im ganzen Kanton hervorragende Erholungslandschaften, die sehr gut gepflegt werden. Randen, Klettgau, Reiat und so weiter – von Rüdlingen bis Ramsen haben wir überall wunderbare Natur. Wir wollen das nicht nur vermarkten, es ist auch eine Vision, eine Verpflichtung. Wir wollen ein Paradies bleiben! Das steckt auch in dieser Botschaft. Daran wollen wir arbeiten.

Zum Slogan: Es hat uns noch niemand einen besseren Vorschlag gemacht, wie man quasi in zwei, drei Wörtern sagen kann, was Schaffhausen besonders auszeichnet. Sehr viele Menschen, die aus Grossstädten in den Kanton Schaffhausen gezogen sind, sagen spontan: „It's a small paradise!“ Der Slogan ist sogar deshalb entstanden, weil unser Kanton immer wieder so empfunden wird. Stehen wir dazu, wir sind klein und leben in einem Paradies. Dieses ist nicht perfekt, wir können es aber verbessern. Und wir wollen, dass es ein Paradies bleibt. Voilà.

Zur Umsetzung der Kampagne: Sie irren, wenn Sie glauben, dass Mäni Frei damit gross Kasse machen wird. Er offeriert uns wirklich – eigentlich möchte ich ja nicht über einzelne Aufträge sprechen – einen ganz guten Preis. Sein Honorar für die ganze Umsetzung beträgt lediglich Fr. 60'000.–. Der Rest wird für Inserate und weitere Umsetzungsmassnahmen eingesetzt. Weil er eben ein Schaffhauser mit Herzblut ist, hat Mäni Frei bei allen Aufträgen, die er bis anhin vom Kanton Schaffhausen und anderen Institutionen übernommen hat, „Kollegenpreise“ gemacht. Bestellen Sie mal einen Werber, der Ihnen für Fr. 60'000.– ein Konzept macht und es umsetzt!

Jürg Tanner hat richtigerweise angesprochen, dass es ein Problem sein kann, wenn immer die gleichen Personen die Aufträge erhalten. Mäni Frei arbeitet auch für Schaffhausen Tourismus und bezieht dafür ein sehr

kleines Honorar. Er macht auch Werbung für das Schaffhauser Blauburgunderland. Die Werbung für die RVSH liegt ebenfalls in seinen Händen, wenn ich richtig orientiert bin, möglicherweise sogar diejenige für die URh. Vergessen wir den Rheinfall nicht. Das hat natürlich den Vorteil, dass die gesamte Werbung aus einer Hand kommt. Wir haben viele Organisationen mit einem relativ kleinen Budget. Sie können es sich selbst nicht leisten. Und wir wiederum schaffen es nicht innert vernünftiger Zeit, gleichsam eine strukturelle Bereinigung vorzunehmen. Deshalb realisieren wir dies über die Aufträge. Wir schauen sehr wohl darauf, wie wir unsere Franken ausgeben.

Ist das Motto beliebig? Sie wissen, Werbung muss provozieren. Ich freue mich über jede Person, die sich aufregt. Das beweist, dass sie es zur Kenntnis genommen hat. Viele Leute finden es auch „megageil“. Ich bin aus diesem Grund überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Zur Kampagne und zu deren Kosten: Wir haben im Budget Fr. 500'000.– eingestellt. Betrachten Sie die Werbung des Kantons Thurgau mit 4 Millionen Franken. Wir wollen nun eine Kampagne mit Fr. 500'000.– durchziehen. Wir richten uns vor allem auf die Leute im Grossraum Zürich aus. Eine solche Kampagne können Sie einfach nicht mit Fr. 50'000.– oder Fr. 100'000.– realisieren. Das war unter anderem auch die irriige Annahme beim Wohnortmarketing. Dort mussten wir eine Person bezahlen, und mit dem Rest der Fr. 350'000.– konnten wir nicht entsprechend aktiv werden.

Zur Dauer der Kampagne: Werbung hat nur eine Wirkung, wenn der Wiederholungseffekt gross und der Slogan wirklich in den Köpfen verankert ist. Wir gedenken folglich die Kampagne über drei oder vier Jahre zu führen. Wir werden Ihnen jeweils Rechenschaft ablegen, und auch der Regierungsrat behält sich vor, zu prüfen, welche Wirkung die Kampagne tatsächlich hat. Wollen wir eine Chance haben, so brauchen wir die Mittel für drei oder vier Jahre.

Zur Ausschreibung: Für Fr. 60'000.– müssen wir ja keine Ausschreibung machen. Wir wollen kein Jekami. Es geht auch um alle anderen Organisationen: Je mehr Schnittstellen Sie haben, desto weniger weiss die Rechte, was die Linke tut. Jede Schnittstelle führt zu Koordinationsaufwand. Wir haben es uns gut überlegt und eine sehr gute Lösung gefunden. Stimmen Sie diesem Betrag bitte zu.

Martina Munz (SP): Ich habe schon in der GPK die Frage nach dem Auswahlverfahren gestellt. Was Regierungsrat Erhard Meister nun gesagt hat, ist liebenswürdig und rührend gegenüber Mäni Frei, aber es ist nicht das, was wir für unsere Region brauchen. Wir brauchen Professionalität, wir brauchen ein sauberes Wettbewerbsverfahren und keinen guten Werbetexter, der für uns den Auftrag netterweise sehr günstig erledigt.

Genau daran krankt diese Kampagne. Ich glaube, niemand in diesem Saal kann sich mit diesem „kleinen Paradies“ identifizieren. Wir finden das nicht megageil. Junge Leute, die hierher kommen sollen, finden das wahrscheinlich auch nicht. Wir sprechen vom „kleinen Paradies“ und hören gleichzeitig, unser Kanton sei überaltert. Das Paradies ist natürlich ein bisschen was zum Sterben ... Es wäre sinnvoll, würde man gute und nicht günstige Werber anstellen.

Thomas Stamm (SVP): Ab und zu und auch heute bin ich sehr froh, dass ich ab Januar 2009 am Montagmorgen nicht mehr hier dabei bin. Was wir jetzt zu diesem Thema diskutieren, qualifiziert uns selbst! Wir greifen nämlich in Entscheide ein, die aus meiner Sicht nicht zu diskutieren sind. Dieses Parlament ist nicht der Ort, wo wir Werbekampagnen werten sollen. Dieses Parlament ist auch nicht der Ort, wo zu diskutieren ist, ob wir einen Menschen mögen oder nicht.

Zur Klarstellung: Ich arbeite privat nicht mit diesem Werber, ich habe auch nicht die Absicht, dies zu tun. Aber: Die von Regierungsrat Erhard Meister genannten Überlegungen, die zum Entschluss geführt haben, vernetzt die gleiche Person für verschiedene Aufgaben zu beauftragen, sind wirklich nachvollziehbar. Ich weiss aus der Branche, dass Mäni Frei professionelle Arbeit zu fairen Preisen abliefert. Wer glaubt, derjenige mache den besseren Job, der aus Zürich kommt und teurer ist, soll sich das für seine Partei leisten.

24 Volkswirtschaftsdepartement
2450 Amt für Justiz und Gemeinden
311.9510 Informatik-Projekte

Alfred Sieber (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Beim Kommentar (Seite A 107) ist der letzte Satz „Die Gesamtkosten des Projekts von ca. Fr. 1,4 Mio. werden über die Investitionsrechnung abgewickelt.“ ersatzlos zu streichen. Dieser Satz ist falsch. Ursprünglich wurden die Kosten mit 1,4 Millionen Franken beziffert und waren in der Investitionsrechnung enthalten. Im Verlauf der Budgetdebatte wurde dieser Betrag auf Fr. 850'000.– reduziert und in die Laufende Rechnung überführt. Der Kommentar jedoch wurde nicht korrigiert.

*

An dieser Stelle werden die Beratungen abgebrochen. Sie werden am Nachmittag fortgesetzt.

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr